

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.
Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißwinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeb.)
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Joh. Stanting, verantwortl. Redakteur: F. Paeplow,
beide in Hamburg.

Reaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstr. 11, 1. Et.

Vereins-Anzeigen
für die dreigesparte Betriebsleute oder deren Raum 80 4.
Zeitungspreisliste Nr. 8838.

Inhalt: Die Sozialpolitik des Zentrums. — Ein Gesetzentwurf zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen, Versammlungen und sonstige Bewegung. Der Gewerbeverein der Bauarbeiter. — vom Bau: Infäle, Arbeiterschuh, Subventionen u. c. Die preußischen Fabrikinspektoren über Bauarbeiterverhältnisse. — Aus anderen Berufen: Eingegangene Schriften — Briefschriften. — Centralverband der Maurer. — Central-Krankenkasse. — Anzeigen.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Hamburg:
(Bausperren);

Schleswig-Holstein:

Elmshorn (Streik), Burg a. Fehmarn (Sperre über Christian Hammer), Laboe (Sperre über Störling), Heikendorf (Sperre über Schölzchen);

Mecklenburg:

Bolzenburg, (Maurerstreik), Neukloster-Bredel-Sternberg, Alt- und Neudrelitz, Fürstenberg (Maurer ausgesperrt), Schwerin (Sperre über Fedder und Stange);

Prov. Brandenburg:

Lehnin (Maurerstreik), Tegel (Sperre über Engelkamp & Valting), Gr.-Kreuzer Lohngebiet (Sperre über den Unternehmer Jacob aus Lehnin), Hohenwestedt (Sperre über Jahnke), Rathenow (Sperre über Maurerstr. Baer), Grossen a. d. O. (Streik);

Pommern:

Wismar-Münde-Ahlebeck-Heringdorf (Maurerstreik), Garz a. d. O. (Sperre über Kersten in Gramzow); Bau in Staffeld, Anklam (Zimmererstreik);

Ost. und Westpreussen:

Tapiau (Bausperren), Elbing, Danzig (Differenzen);

Prov. Posen:

Bromberg (Maurer, Bauarbeiter, Zimmerer ausgesperrt), Moseritz (Maurerstreik);

Schlesien:

Banslau (Aussperrung);

Prov. Sachsen:

Barby (Aussperrung der Maurer), Trebitz a. d. Elbe (Bausperren über Eltner in Schnellin);

Königr. Sachsen:

Plauen I. V. (Streik);

Sa.-Altenburg:

Eisenberg (Streik);

Thüringen:

Ilmenau (Streik gegen Lohnreduktion), Coburg (Sperre über Köhler), Gotha (Sperre über Motschmann), Eisenach (Aussperrung der Maurer);

Braunschweig:

Königslutter (Maßregelung);

Prov. Hannover:

Hannover (Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter), Nienburg a. d. W. (Sperre über Dechow);

Westfalen:

Hagen (Zimmererstreik und partieller Maurerstreik; Sperren über Arndt & Trepper, Gräßling & Grotessohn, Assauer, Böcker (Lungenheilstätte Dahl), Fischer & Jansen), Dortmund (Sperre über Apel, Schmidt, Sprenger, Stephan, Becker);

Rheinprovinz:

Cöln (Aussperrung der Maurer, Putzer, Fuger und Bauhülfearbeiter);

Hessen:

Mainz (Maurer und Zimmerer ausgesperrt);

Baden:

Florheim (Streik), Karlsruhe (Differenzen);

Ausland:

Oesterreich:
Asch, Teplitz, Graz, Salzburg (Maurer und Zimmerer stehen in der Lohnbewegung);

Ungarn:

Fápa, Munkacs (Maurerstreik);

Schweiz:

Bern (Streik der Zimmerer);

Schweden:

Engelholm (Differenzen).

Die Sozialpolitik des Zentrums.

Das Zentrum hat früher schon öfter im Reichstage und mit ganz besonderem Nachdruck wieder im letzten Wahlkampf den Anspruch erhoben, als energische Bahnbrecherin des sozialpolitischen Fortschritts anzusehen zu werden. Auch dieser Anspruch muß zurückgewiesen werden. Allerdings hat das Zentrum sich als die einzige bürgerliche Partei, die noch Arbeitervoten in erheblicher Anzahl zu verlieren hat, gezwungen gesehen, auch wenigstens etwas zur Befriedigung der Forderungen der Arbeiter zu tun. Da es aber andererseits auch den Geldsackinteressen des industriellen Unternehmertums, das in der Partei eine einflussreiche Rolle spielt, nicht zu nahe treten darf, sind seine sozialpolitischen Leistungen von kläglicher Halbheit. Einen Beweis dafür liefert der kürzlich durch den christlichen Paradebeirat Stögel eingebrachte Antrag auf Einführung des zehnständigen Maximalarbeitszeitgesetzes. Nachdem die Sozialdemokratie diesen oder weitergehenden Anträgen seit langem vertreten hat, kommt nun kurz vor den Wahlen auch das Zentrum mit seinem Antrag! Dabei fühlte sich der Abg. Trümmer noch veranlaßt, sich auf jenen Bischof — Ketteler — zu berufen, der bereits 1848 ein ziemlich ausführliches Arbeiterschutzaufgebot proklamiert habe, als an die Sozialdemokratie noch niemand gedacht habe. Diesem Zentrums-Eigenlob liegt ein doppelter Irrtum zu Grunde. Erstens war der geistige Urheber der Ketteler'schen Sozialpolitik kein anderer als Ferdinand Lassalle, und zweitens hat die Sozialpolitik der Hizze und des Zentrums überhaupt mit den sozialpolitischen Grundforderungen des „großen Bischofs“ garnichts gemein. Denn Ketteler war nichts weniger als ein moderner Schönfärbler. Er anerkannte die Richtigkeit des „ehernen Lohngefeges“, wonach die Lge, um die der Lohn des Arbeiters sich bewegt, die nächste Lebensnotdurft ist. Andererseits bekannte er sich auch zu der von Marx entwickelten Theorie der Konzentration des Kapitals und der Betriebe. Er schrieb: „Die Partei, deren Hauptvertreter Lassalle ist, hat das unbestreitbare Verdienst, die ... Lage des Arbeitertandes mit unerbittlicher Stärke und Wahrheit aufgedeckt zu haben.“ Auch Ketteler findet, daß der Kapitalgewinn zu Unrecht den Geschäftsinhabern allein zufalle. „Es käme darauf an, den Arbeiter ... zugleich auch zum Teilnehmer (am Geiste) zu machen.“ Dazu hält er die Produktiv-Affoziation für geeignet, das er ein „auf dem Natur- und Grundgesetz des Menschenwesens ruhendes Wirtschaftsprinzip“ nennt, „die unmittelbarste und handgreiflichste Lösung des sozialen Problems“. Es ist also lächerlich, einem Mann wie Ketteler, der sei ganzes ökonomisches Nutzen dem Sozialismus entnommen hat, gegen die Sozialdemokratie auspielen zu wollen! Nicht minder lächerlich ist es, wenn sich die Hizze und Trümmer auf Ketteler als ihren Vorläufer und Schutzhüter berufen wollen. Ketteler strebte eine Lösung der sozialen Frage durch eine weitgehende Ausbildung des Unternehmertums an, während Hizze bereits 1884 sein soziales Ziel definiert hatte, daß es sich decke mit dem der englischen Fabrikgesetzgebung. Er begnügt sich also mit ein bisschen Arbeiterschutz, durch den der Unternehmergegenwind ebenso wenig ausgeschaltet wie das Los des Proletariats wesentlich geändert wird. Der Zentrumsmann Hizze war es, der vor einigen Jahren ein Buch herausgab, in welchem die Arbeiter belehrt werden sollten, daß sie durch Konsum geringwertiger Nahrungsprodukte sehr wohl im Stande seien, sich und ihre Familie mit 80 & bis M. 1 täglich „gut zu ernähren!“

Auch Windthorst hat bereits im März 1877 einmal die sozialpolitische Auffassung der Zentrumspartei

treffend charakterisiert. Man möge, sagte er, von der sozialpolitischen Gesetzesgebung nicht zu viel erwarten. „Das Wesentlichste muß die Bevölkerung selbst thun. Das Volk muß das Faggen nach materiellen Genüssen aufgeben, ... es muß auch in der Not der Zeit lernen, mit etwas weniger auszukommen.“ So dachte auch das Zentrum, als es durch Annahme des Volkswirtschafts- und Proletariat mit vielen hundert Millionen indirekten Steuern belastete.

Da das Zentrum von der Arbeiterversicherung so viel Aufhebens zu machen, und es gleich den übrigen reaktionären Parteien so darzustellen pflegt, als ob durch die Versicherung dem Unternehmertum so ungeheure Lasten aufgekippt worden seien, seien die Leistungen derselben einer kurzen Untersuchung unterworfen. Im Jahre 1899 fanden sich bei der Krankenversicherung — von den freien Hilfsklassen abgesehen, bei denen die Arbeiter den vollen Beitrag zahlen — 84 Millionen Arbeiter und 130 Millionen Mark als Beiträge. Davon zahlte das Unternehmertum ein Drittel, also noch nicht 45 Millionen Mark Beiträge, also pro Kopf des Arbeiters jährlich etwas über M. 5. Der Unfallversicherung gehörten 18,6 Millionen Versicherte mit nicht ganz 78,7 Millionen Mark Entschädigungsausgaben an. Da hier nur die Unternehmer Beiträge leisten, ergibt sich pro Jahr und Arbeiter eine Last für den Unternehmer von M. 4,25. Die Alters- und Invaliditätsversicherung umfaßte 13 Millionen Versicherte. Es wurden 118 Millionen Mark Beiträge geleistet, davon die Hälfte, 59 Millionen, von den Unternehmern, das ergibt pro Jahr und Arbeiter eine Belastung von M. 4,50. Die Gesamtlasten der Versicherung betragen also für die Unternehmer pro Jahr und Kopf die „Miesensumme“ von M. 14. Selbst also, wenn diese Summe nicht wieder auf die Arbeiter abgewälzt werden würde, wäre die Belastung eine so geringfügige, daß die ganze gierige Unverantwortlichkeit des Unternehmertums dazu gehört, über diese Lasten zu führen. Beträgt doch allein der Bruttozoll des Arbeiters das Dreifache!

Wir sehen also, daß das Zentrum nur für sozialpolitische Almosen zu haben ist, und auch das nur deshalb, weil es beständig mit der Sozialdemokratie zu rechnen hat.

Ein Gesetzentwurf zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse.

Vor zwei Jahren wurde ein vom Preußischen Ministerium an die Oberpräsidenten gerichtetes Mindestentwurf, welches sich mit der Abdankung einer „befriedigenden Lösung der Wohnungsfrage“ beschäftigte und lebhafte Erörterungen erfuhr. In Zusammenhang damit wurde ein Wohnungsgeges-Entwurf angekündigt. Dieser Entwurf ist nunmehr den Regierungspräsidenten zur Begutachtung zugegangen. Was die „Kölner Zeitung“ über seinen Inhalt mitteilt, läßt erkennen, daß man es wieder einmal mit einem jener sozialen Halbheits-Reformen zu tun hat, an denen die moderne Gesetzgebung so reich ist. Es soll sich nach diesen Mitteilungen darum handeln, „in erster Linie, dem Bedürfnis entsprechend, die Herstellung kleiner, in gehobelter, stütlicher und sozialer Beziehung einkommensfähiger Wohnungen zu fördern und den Mietpreis dieser Wohnungen in angemessenen Grenzen zu halten“.

Ausgehend von der Erwägung, daß namentlich durch eine ungefunde Bodenspekulation die Herstellung von Häusern mit kleinen Wohnungen, deren Mieten für die ärmere Bevölkerung erschwinglich sind, hintangehalten wird, ist zunächst eine Reihe von Maschininen vorgesehen, die dieser urge-

funden. Bodenspekulation entgegenwirken sollen.)

Was heißt das: eine „ungefundene“ Bodenspekulation? Gibt es denn auch eine „gesunde“ Bodenspekulation? Nein, die Spekulation, wie sie sich im Laufe der Zeit herausgestellt hat, ist die logische und notwendige Folge der Institution des Privateigentums an Grund und Boden. Wir haben es in dieser Institution mit einer höchst gesundheitlichen Monopolwirtschaft zu tun. Vor einiger Zeit haben wir uns darüber dahin ausgesprochen:

Der im Privatbesitz befindliche Grund und Boden, als Eigentum einzelner, die freie sind, sich mühelos möglichst zu bereichern, dient der unerhörtesten Volksbewegung und zugleich der freilosen Vernichtung der Volksgesundheit. Grade aus dem Elend des Volkes schlägt der private Grund- und Bodenbesitz Kapital; je größer die permanente Wohnungsnot, desto größer ist der Profit des gewerbsmäßigen Grund-, Häusern und Wohnungsbücher. Denn der Grund und Boden ist nur in beschränkter, nicht beliebig zu vermehrender Menge da; städtische Häuser sind mit in beschränktem Maße der mehrbaren Waren, während das Bedürfnis vieler und die Nachfrage namentlich nach der Benutzung derselben, unbeschränkt ist. Und daraus eben resultiert der monopolistische Charakter des Grundeigentums. Zunächst nutzen die Eigentümer der Baustellen ihren Monopolbesitz aufs äußerste aus. Denn ohne Baustelle kein neues Gebäude, ohne dieses keine neuen Wohnungen.

Die Nachfrage nach solchen wächst beständig, während die Zahl der Baustellen im Weichbild der Stadt beschränkt ist. Kein Gewinn kommt müheloser und unbedienter in die Taschen der Besitzenden, als der durch die Steigerung des Preises, der Baustellen und der Häuser erzeugte. Aus der Sicht, an solch mühelosem Gewinn teilzunehmen, entsteht das Jagen nach Grundstücken, aus der Hoffnung, auf fünfzig noch größere Wertsteigerungen ergibt sich der Baustellenuacher, die Baustellenjobber. Der Grundbesitz wird aus einem Immobilienwert in britisches Kapital; mit ihm wird genau so spekuliert wie mit Staatschuldverschreibungen und Aktien an der Börse; es werden Baugeellschaften gegründet, die nie bauen, deren Aktien aber mit Rücksicht auf die Steigerung der Grund- und Bodenpreise Spekulationsobjekte ersten Ranges werden.

Die Regel ist die, daß das Haus, die Wohnung an sich dem Erbauer und Besitzer völlig gleichgültig ist und er sie nur betrachtet als Ware, mit der sich rütteln läßt.

Gegen alle Regeln der Hygiene werden Häuser erbaut, Wohnungen eingerichtet unter Verobachtung möglichster „Sparhaftigkeit“. Und gerade das arbeitende Volk ist ja gezwungen, will es nicht auf der Straße leben, diese Wohnungen zu nehmen, ihre Gesundheitswidrigkeit auszulösen.

Durchgreifende Bau- und wohnungspolizeiliche Grundsätze sind so lange, nicht zur Geltung zu bringen, als der Grund und Boden, die Häuser, die Wohnungen den privaten Gewinninteressen unterordnet, Spekulations- und Büderobjekte sind. Alle gründliche hygienische Reform in dieser Richtung hat die Beseitigung der Monopolwirtschaft zur unerlässlichen Voraussetzung. Und dazu ist erforderlich, daß zunächst eine bedeutende Erweiterung des Rechtes der Grund- und Bodenexpropriation durch die öffentlichen Gewalten eintrete, sowie daß Staat und Gemeinde den rechten Gebrauch von diesem Rechte machen.

Will der preußische Gesetzentwurf dieser Voraussetzung genügen? Ein! Er will nur die Bildung allzu hoher Monopolpreise entgegenwirken. Zu diesem Zwecke sollen die Ortspolizeibehörden allerlei Befugnisse erhalten; sie sollen Bauordnungen erlassen können, um die Ausnutzung der einzelnen Grundstücke für Bebauung, einzuschränken. Nach dem Entwurf kann durch die Bauordnungen insbesondere geregelt werden: die Abstufungen der baulichen Ausnutzbarkeit der Grundstücke nach Zonen oder Bezirken (Beschränkungen der Ausnutzbarkeit des Grundes und Bodens hinsichtlich der bebaubaren Fläche und der Stockwerzahl); die Ausscheidung besonderer, von den Wohnstrafen (Wohnplätzen) und Wohnvierteln getrennten Straßen (Plätze) und Viertel für die Errichtung von Anlagen, die beim Betriebe durch Verbreitung schädlicher Dünste, durch starlen Rauch oder ungewöhnliches Geräusch Gefahren, Nachteile oder Belästigungen für die Nachbarschaft oder das Publikum überhaupt herbeizuführen geeignet sind; der Verzug und Anstrich oder die Ausfütigung von Bauten an Straßen und Plätzen und von Wohngebäuden überhaupt sowie das Einschreiten gegen Bauten, welche die Straßen oder die öffentlichen Plätze verunstalten.

Um die privaten Bauunternehmungen zur Herstellung von Häusern mit gebunden und zweckmäßig eingerichteten Kleinwohnungen zu veranlassen, ist eine Begünstigung solcher Häuser hinsichtlich der Straßenostenbeiträge vorgesehen.

Als solche Wohnungsgebäude sollen gelten diejenigen der Aktiengesellschaften, Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren Satzungsgemäß bestimmter Zweck ausschließlich in der geplanten Richtung festgelegt worden ist und deren Satzungen

den an die Gesellschafter zu verteilenden Jahresgehwinn auf höchstens 4 vgl. ihrer Anteile begrenzt, auch den Gesellschaftern für den Fall der Auflösung der Gesellschaft nicht mehr als den Nominalwert ihrer Anteile auszahlen, den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens aber für gemeinnützige Zwecke bestimmten. Ferner gehören dazu die Wohngebäude der Arbeiter, Handwerker oder diesen wirtschaftlich gleichzustellenden Personen, wenn die Wohngebäude dazu bestimmt sind, von ihnen ausschließlich oder außer von ihnen nur von höchstens zwei anderen Arbeitern, Handwerkern oder diesen wirtschaftlich gleichzustellenden Personen bewohnt werden.

Als ein weiteres Mittel, „die Herstellung kleiner und gehöriger Wohnungen“ für die minder bemittelten Bevölkerungsschichten zu fördern, sind Vorschriften über die Benutzung der Gebäude zum Wohnen und Schlafen vorgelehen.

Für Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern müssen im Wege der Polizeiverordnung solche allgemeinen Vorschriften (Wohnungsordnungen) erlassen werden. Sie müssen folgenden Mindestanforderungen genügen: Als Wohn- oder Schlafräume (auch Küchen) dürfen nur solche Räume benutzt werden, die zum dauernden Aufenthalt von Menschen politisch genehmigt werden sind. Bei Mietwohnungen, die nach dem Inkrafttreten der Wohnungsordnung bezogen werden oder deren Mietverhältnis nach diesem Zeitpunkt verlängert wird, dürfen Wohn- und Schlafräume (auch Küchen) nicht baulich verbahlost und nicht in gesundheitsschädlicher Weise feucht sein und müssen einen eigenen Zugang haben. Wohnungen für eine gemeinschaftliche Haushaltung von zwei oder mehr Personen (Familienwohnungen) müssen eine den ortsüblichen Anforderungen entsprechende eigene Kochstelle und, soweit in dem Gebäude Kanalisation oder Wasserleitung eingerichtet ist, einen eigenen Auszug und einen eigenen Wasserhahn besitzen, mindestens für je drei solche Wohnungen muß ein eigener Abort vorhanden sein. Wohn- und Schlafräume müssen auf jeden Bewohner über zehn Jahre mindestens 10 Kubikmeter Luftraum und 4 Quadratmeter Bodenfläche fallen. Die Wohnung muß so viele Räume enthalten, daß die lebigen, über vierzehn Jahre alten Personen, nach dem Geschlecht getrennt, in besondern Räumen schlafen können und daß jedes Ehepaar für sich und seine noch nicht vierzehnjährigen Kinder einen besondern Schlafraum besitzt; solche besondern Räume können auch durch feste Abschlüsse von mindestens 2 Meter Höhe hergestellt werden. Sofern von einer Eigen- oder Mietwohnung eine Wohnung abvermietet oder weitervermietet wird, muß auch der dem Vermieter verbleibende Wohnungsteil den bezeichneten Anforderungen entsprechen. Schlafräume der Dienstboten und Gewerbegehilfen müssen für jede darin untergebrachte Person mindestens 10 Kubikmeter Luftraum und 4 Quadratmeter Bodenfläche darbieten und den durch die Wohnungsordnung festzulegenden Mindestanforderungen hinsichtlich der Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung genügen; sie dürfen nicht baulich verbahlost und nicht in gesundheitsschädlicher Weise feucht sein; ferner müssen sie verschließbare Türen haben etc.

Die Durchführung der Wohnungsaufsicht soll der Gemeinde obliegen. Für Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern soll zur Handhabung der Aufsicht ein Wohnungsamtmann errichtet werden, das mit dem erforderlichen, in geeigneter Weise vorgebildeten Personal, insbesondere mit einer genügenden Anzahl beamter Wohnungsaufseher besetzt sein muß. Für kleinere Gemeinden kann die Errichtung eines solchen Amtes vorgeschrieben werden, und können sich mehrere Gemeinden zu einem gemeinsamen Wohnungsamte vereinigen. Die Wohnungsaufseher sind berechtigt, bei Ausübung der Wohnungsaufsicht alle Räume, die zum dauernden Aufenthalt von Menschen benutzt werden, sowie die dazu gehörigen Nebenräume, Zugänge, Worte zu betreten.

Wir haben es also mit einem Gesetz zu tun, das selbst von entfernt ist, den in der geschäftlichen Monopolwirtschaft siegenden Ursachen des Wohnungsmarkts mit geeigneten Maßnahmen entgegenzutreten. Es hat durchaus den Charakter eines Polizeigesetzes. Nun unterscheiden wir sanitätspolizeiliche Vorschriften über die Beschaffenheit der Wohnungen und Bestimmungen über die Wohnungsaufsicht wahrlich nicht. Aber sie bedeuten doch nur einen Bruchteil derjenigen Maßnahmen, die eine wirkliche, gründliche und umfassende Wohnungsreform darstellen. Von diesem Gesetz läßt sich eine Befestigung des Mangels an Wohnungen und ihres wucherhaft hohen Preises nicht erwarten.

Vor allen Dingen wäre nötig, der Bodenspekulation überhaupt ein Ende zu machen, und das ist nur möglich durch eine gründliche Um- und Ausgestaltung und entschiedene Anwendung des Expropriationsrechtes, wofür England längst ein Beispiel gegeben hat. Damit muß verbunden werden die Verpflichtung des Staates resp. der Gemeinde, für ausreichende, gute, gesunde Wohnungen zu sorgen, und zwar ohne Rücksicht auf die Schmarotzerinteressen des privaten Grundbesitzes. Es müssen gesetzliche Garantien dagegen geschaffen werden, daß Staat und Gemeinde sich am Bodenwucher beteiligen.

Der preußische Gesetzentwurf geht nicht aus von diesen richtigen und notwendigen Erwägungen. Seine Vorschläge zur Bekämpfung der „ungefundenen“ Bodenspekulation sind völlig belanglos. Sie treffen diese Spekulation gar nicht. Der Entwurf bleibt zurück hinter dem neuen sozialen Bau, welche doch wenigstens den Versuch unternimmt, die Expropriationsbefugnis der Gemeinden zwecks Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses zu schaffen. Unzweckiger wird der preußische Entwurf, wenn er Gelebt werden sollte, zu einer nennenswerten Vermehrung oder Verbilligung der kleinen Wohnungen beitragen. Sein relativ bester Teil ist derjenige, welcher die sanitätspolizeilichen Vorschriften enthält. Sie sind zwar auch in vielen Städten mangelfhaft und ungängig, aber immerhin können sie, ihre streng und gewissenhafte Ausführung vorausgesetzt, von einer wohltätigen Wirkung sein. Solche Vorschriften zu erlassen ist übrigens unter sanitären und ethischen Gesichtspunkten etwas durchaus selbstverständlich. Jedoch sollte man sich hüten darüber zu vergessen, daß das Unheil des Wohnungsmarkts an seiner Wurzel angegriffen werden muss, wenn es gründlich besiegt werden soll.

Maurerbewegung. Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Die Hamburger Baugewerks-Zunft ist streitlustig. Am 4. Juli hat die Zunft eine Versammlung abgehalten, wovon auch Delegierte der Innungen in Altona, Wandsbek und Harburg teilgenommen haben. Das „Hamburger Freimaurerblatt“ ist in der Lage, folgenden Bericht über die Versammlung zu veröffentlichen: Nachdem der Obermeister den Bericht gegeben hatte, wie sich der Vorstand bis jetzt gefasst habe, und die ausgesparten Meister berichtet hatten, daß sie vorläufig durch die über ihre Bauten verhängten Sperren in keine besondere Verlegenheit geraten seien, wurde eine Anzahl Briefe verlesen, aus denen hervorging, daß sich mehrere auswärtige Polizei mit je 25 bis 40 Mann der Blauhütte zur Verfolgung stellen. Zur Beschaffung weiterer Arbeitskräfte bieten eine Menge Agenten ihre Dienste an. Hierauf traten verschiedene Innungsmäister dafür ein, auch in diesem wie im vorigen Jahre sämtliche Gesellen auszusperrn und nicht wieder in Arbeit zu nehmen, bevor sie die Sperren wieder aufgehoben hätten. Ein solches Vorsehen bietet nicht allein sicherer Erfolg, sondern verweite die Gesellen auch für längere Zeit auf Ruhe. Eine noch größere Wirkung würde diesmal die Aussperrung haben, da sich alle am Bau beteiligten Innungen anschließen würden. Anderseits wurde darauf hingewiesen, daß durch solches Vorgehen manche Existenz in Frage gestellt werden und den nicht direkt an einer Aussperrung beteiligten Geselln ein ganz erheblicher Schaden durch eine solche Maßnahme zugefügt werde. Diese Aussperrungen würden von mehreren Rednen unterstellt. Nachdem andere Redner immer wieder für eine Generalaussperrung gesprochen hatten, gelangte doch folgende Resolution zur Annahme:

„Am 4. Juli im Innungsjahr tagende Versammlung der Baugewerks-Zunft, Blauhütte zu Hamburg“ ist überzeugt, daß gegen die von den Gesellen verhängten Bautersperren nur die Entlassung sämtlicher Gesellen einer sicheren Erfüllung bietet.

Anderseits ist sich die Versammlung aber auch voll bewußt, daß eine solche Maßnahme nicht allein für die zunächst an der Aussperrung Beteiligten eine schwere wirtschaftliche Schädigung bedeutet, sondern auch weitere Freiheitsschädigung und in Mitleidenschaft zieht. Um nun letzteres möglichst zu vermeiden und zu verhindern, daß weitergehende und folglich schwerere Beschläfe in dieser Weise gefasst und zur Durchführung gebracht werden, erachtet die heutige Versammlung ihren Vorstand, sobald die Gesellen die bestehenden Sperren aufheben und neue Sperren versprechen, öffentlich und bündig zu erklären, daß unverzagt ab 16. März 1903 eine einstündige Arbeitszeit und 70 ½ Stundenlohn bewilligt sind.

Dieser Beschuß ist rechtsquäkig, sobald von den Innungen des Vier-Städte-Bundes ihre Einwilligung erfolgt ist. Diesem Beschuß nach zu urteilen, hat die große Mehrzahl der Innungsmäister in der vorjährigen Aussperrung ein recht dieses Hauses gefunden. Die verabschiedeten Vertreter, die so energisch für die Aussperrung eingetreten sind, waren wohl nur „Bindmacher“, die keine Arbeit haben und daher ein Risiko für den von ihnen befürworteten Plan nicht zu tragen haben. — Ob die Maurer und Zimmerer geneigt sind, den Beschuß der Innung zu akzeptieren, ist eine andere Frage, über die ja erst dann beraten und beschlossen werden wird, wenn die Innung ihren Beschuß den in Betracht kommenden Organisationen offiziell mitgeteilt haben wird. Nach unserer Kenntnis lag eine solche Mitteilung am Montag Abend noch nicht vor. Vorläufig besteht die Sperre also noch, wie auch die baugewerbliche Arbeiterschaft des Vier-Städte-Bundes nach wie vor zu weiteren Kampfesrichthalen ist. Mit dem Augustanfang der neuamtigen Arbeitszeit ab nächsten Frühjahr dürfte die Sache ja auch nicht erledigt sein. Reden der Regelung mancher anderer Arbeitsverhältnisse kommt insbesondere die Befestigung des von der Innung unterhaltenen Maßregelungsschutzes in Frage, so wie die Sicherstellung des Rechtes für die Gesellen und Arbeiter, nach Gebot, Bau und Platzbeputzerei zu bestellen. Also vorläufig ist die Hamburger Bewegung nicht zu Ende. Die folgenden Deutshäuser sind nach wie vor verpflichtet, den Zugang fernzuhalten.

In Glashorn haben am 29. Juni Unterhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, die aber zu keiner Einigung führten. Die Unternehmer hatten sich bereit erklärt, für dieses Jahr einen Stundenlohn von 48 ½ und im Jahre 1904 bis zum Jahre 1905 einen solchen von 50 ½ und von da an bis zum Jahre 1907 52 ½ zu zahlen. Das Angebot wurde jedoch von den Streitenden abgelehnt, dafür aber den

Unternehmern folgender Vorschlag unterbreitet: Der Lohn beträgt vom 1. August d. J. an 50 δ und für das nächste Jahr ebenfalls 50 δ , steigt dann aber auf 62 δ . Ein anderer Vorschlag ging dahin, in diesem Jahre keine Lohnerschöhung einzutreten zu lassen, dafür aber den Stundlohn am 1. Mai 1904 auf 62 δ zu erhöhen. Beide Vorschläge der Gesellen wurden von den Unternehmern abgelehnt. Der Streit dauert also unverändert fort. Die Haltung der Streitenden ist vorzüglich.

Am Sonnabend der vorigen Woche hat die Lohnkommission folgendes Schreiben erhalten:

Wir ersuchen Sie hierdurch, sofort Ihre Kleidungsstücke, Geräte u. s. aus den Baubuden und Werkstätten abzuholen, da sämtliche Bauten, Baubuden, Werkstätten und Werkplätze vom Montag, den 6. d. M., 1 Uhr an, gesperrt sind und Ihnen das Betreten derselben hierdurch von diesem Zeitpunkt an unterlagt ist.

Ergebnis:

Baubüle zu Elmshorn und vereinigten Meister.

S. W. i. e.

Die Unternehmer scheinen demnach auf einen langen Kampf vorbereitet zu sein. Es wird deshalb eine strenge Fernhaltung des Zuganges erachtet.

Aus Osterode wird berichtet: Am Sonnabend, den 27. Juni, war Kollege Efftinge hier anwesend, er legte den versammelten Kollegen in einem Vortrage das Verhalten beim Streit in zündender Worte ans Herz. Von der Streitleitung war an die Meister das Gründchen gerichtet worden, eine Unterhandlung im Beisein des Verbandsvorsitzenden Efftinge zu veranlassen. Ein Meister gab die Antwort, für Sonnabend wäre es zu spät, die Innung zu bestehen, und dann wollten sie auch nur mit "ihren" Leuten verhandeln, wou sie sie auf Montag, den 29. die Innung bestehen wollten. Da wir aber am Montag keine Einladung erhalten hatten, fragten wir im Innungskloster an, ob die Meister nicht anwesend seien. Es dauerte denn auch nicht lange, bis wir einen Brief erhalten, worin die Innung erklärte, daß der Streit beendet sein solle, wenn wir die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen würden. Fragen wir nun, wie kommt es, daß die Meister uns zu der Verhandlung nicht zuließen, so ist auch die Antwort leicht gefunden. Die Schuld liegt nur an einigen Kollegen. Da die Meister mit den Freunden kein Glück gehabt haben, machten sie den letzten Versuch und ließen einige Streikende zu sich ins Haus kommen, um in ihnen Wandelmut zu erzeugen. Und die Meister hatten Glück damit. Um nun einem Auseinanderlaufen vorzubeugen, fuhren wir uns veranlaßt, den Streit bis zu einem günstigeren Zeitpunkt zu verschließen. Mogen die Meister nun auch voller Freude sein, das soll uns wenig schaden. Wir rufen Euch, Kollegen, nur eins zu: Haltet fest am Verbande, sorgt für neue Mitglieder, damit wir jederzeit in der Lage sind, den Kampf von neuem aufzunehmen. Sollte es vielleicht ein Meister wagen, mit der Aufrüttung an Euch heranzutreten, dem Verbande zu enttäuschen, so tretet jolchem Antritt ganz entschieden entgegen und meidet lieber die Werkstätte.

Gau Dortmund. Auch im hiesigen Gau haben eine ganze Anzahl Zweigvereine in diesem Jahre Forderungen an das Unternehmertum gestellt. Aber prohaft, wie die meisten Unternehmer im Industriebezirk sind, haben sie die Forderungen in den meisten Fällen garnicht oder sonst kurz ablehnend beantwortet. — In Hagen, wo es sich um die Errichtung der 10stündigen Arbeitszeit und 45 & Stundenlohn handelt, sind die Kollegen schon seit dem 8. Juni mit Bausperren vorgegangen. Bewilligt haben bisher vier Unternehmer. Geppert sind augenblicklich: Arndt & Trepper, Grahlung & Grotenjohann, Assauer, Böder in Dahl, und Pössner & Jansen. Mit dem Vorförderer der Innung haben wir verschiedenheit verhandelt, er versprach auch, sein möglichstes zur friedlichen Beilegung der Differenzen zu tun. Am 22. Juni haben dann auch Verhandlungen zwischen Vertretern der Innung, unseres Verbandes und des christlichen Verbandes stattgefunden. Die Innung bewilligte aber nur 42 & und wollte von einer Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt nichts wissen. Eine am selben Abend stattgefundenen stark befechtete Verhandlung lehnte dieses Anerbieten einstimmig ab. Auf ein Schreiben um übermalige Verhandlung an den Innungsvorstand ist die weitere Antwort eingegangen, daß in den nächsten Tagen uns weitere Mitteilungen zugehen würden. Bis jetzt ist dieses noch nicht geschehen. Der Gesellenausschuß und auch die christliche Organisation haben sich während dieser Zeit in einem mehr als ungünstigen Lichte gezeigt. Am Bau der Lungenheilstanstalt in Dahl legten auch 30 organisierte italienische Kollegen die Arbeit nieder, zehn andere Italiener fanden sich sofort als Streikbrecher. Am anderen Tage brannen die Baracken, worin die Streikbrecher logierten, nieder. Es wurden darauf neun der Ausländer verhaftet, wegen angeblichen Verdachtes der Brandstiftung, sieben wurden nach einem Stunbet wieder entlassen, während sich zwei Italiener noch in Untersuchung befanden. Die Lungenheilstanstalt wurde schon während der Zeit, wo die Kollegen in Kündigung standen, durch Gendarmerien streng bewacht. Und auch heute ist es keinem, der den Beamten irgendwie verdächtig erscheint, möglich, das Gelände zu betreten. — So ist im und liegen die Innungsmänner im Laufe dieses Frühjahrs das Gerüst verbreitet, daß sie nicht abgeneigt wären, einen Arbeitskrieg mit den Organisationen aufzuschließen. Es wurde dann auch in Gemeinschaft mit dem "Christlichen" ein Tarifvertrag ausgearbeitet und der Innung durch den Gesellenausschuß übermittelt. Später wurde dem Gesellenausschuß ohne jede weitere Begründung mitgeteilt, daß der Vertrag abgelehnt sei. Die Unternehmer haben nun wohl gesahnt, daß damit für dieses Jahr die Angelegenheit erledigt sei. Wie die Herren jetzt zu ihrem Leidwesen sehen, haben sie sich arg getäuscht. Über folgende Unternehmer ist augenblicklich die Sperrre verhängt: Apel, Schnitt, Sprenger, Stephan und Becker, während die Unternehmer Böhn, Böhr, Böhl und Gehrke bereits bewilligt haben. Die Innung hat eine Sitzung abgehalten, es wird das Gerüst verbreitet, daß die Herren beschlossen haben, wenn am nächsten Donnerstag die Sperrre nicht aufgehoben wären, sämtliche Bauarbeiter auszusperrn. Nun, und kann es recht sein. Am weitesten benimmt sich der Unternehmer Sprenger, früher selbst Verbandsmitglied. Von diesem Menschen werden unsere Streitposten auf das schwerste beschimpft, von dem Polter und den Blümern und Bauarbeitern wurden unsere Kollegen sogar mit Steinen beworfen und einer der Posten erhielt einen Schlag mit einer Schippe. Man weiß wirklich nicht, was man mehr bewundern soll, die Wit des Unternehmers oder die Dummheit der Arbeiter.

Über die Situation in Köln a. Rh. wird uns von dort geschrieben: Nachdem die Unternehmer das Ultimatum gestellt hatten, daß bis zum 26. Juni der Bauspektral für beendet erklärt sein müsse, unbriegenfalls sämtliche Maurer, Böker, Plattenleger und Süßarbeiter ausgesperrt würden, erklärten die Mitglieder des Zweigvereins Sonntag, den 21. Juni, in einer Generalversammlung, daß dies Anstreben zurückzuweisen sei. Darauf erfolgte die Erklärung des Arbeitgeberbundes, daß am 26. Juni alle in obengenannten Berufen beschäftigten Arbeiter ausgesperrt würden. Den arbeitswilligen Unternehmern wurde und wird heute noch gebracht, daß sie kein Material mehr erhalten würden. Das Resultat war nicht das von den Unternehmern gewollte. Während einige Unternehmer keinen Maurer entlassen haben, suchen andere teilweise arbeiten zu lassen, indem sie dem Arbeitgeberbund einzelne Arbeiten als Notfallsarbeiten bezeichnen. Um diese Art der Unternehmer entgegenzuwerken, beschloß die Mittwoch, 1. d. M., abgeholte Versammlung der Ausgesperrten, daß überall da, wo die Kollegen einen Vertrag unterschrieben haben, dem Verbande nicht angehören zu wollen, oder wo man nur einen Teil der Arbeiter ausgesperrt hat, die Sperrre zu verhängen. Somit sieht sich fest, daß nur einzelne, und zwar die kapitalstarken Unternehmer mit allen Mitteln versuchen, die Arbeiter mürbe zu machen, während der andere Teil, und das ist nicht der kleinste, schon wieder froh wäre, wenn aller wieder ins rechte Gelese käme. Von den Geschäftsführern der Plattenbranche hat nur eins die Leute ausgesperrt, dieses ist dadurch kontrolliert geworden. Es ist gerade das Geschäft, das im Frühjahr unsere Forderung ohne lange zu warten bewilligte. Die Abreise der Junggesellen geht sätzlich von vor. „Arbeitswillige“ von außen sind bis jetzt nur wenig eingetroffen und gelang es bis jetzt, dieselben immer zur Abreise zu bewegen. Vielleicht werden die nächsten Tage schon die Entscheidung bringen. Die Kleinunternehmer wollen sich nicht ruiniieren und werden versuchen, auswärtiges Material zu erhalten.

Aus Mainz ging uns nach Schluss der Redaktion von Herrn A. u. W. a. b. eine Verüchtigung zu, wonach unter Mitteilung über die Angaben des Italiener. D. I. o. p. e. r. unrichtig sein soll. Wir werden in der nächsten Nummer unseres Blattes auf die Angelegenheit zurückkommen.

Gau Mannheim. Der Streit in Köln a. Rh. mußte schnellend, den 27. Juni, beendet werden. Ein Erfolg wurde nicht erzielt. Dies ist vor allem den italienischen Streikbrechern zu verdanken. Es hatten sich nach und nach etwa 80 italienische Streikbrecher eingefunden. Dadurch wurden die Colmarer ebenfalls mutlos und ließen zur Arbeit zurück. Am 27. Juni, Vormittags, wurden 180 Streikbrecher gejagt. Die Kollegen im Elsaß sind wohl schnell für eine Sache begeistert, aber Ausdauer besitzen sie leider nicht. Besonders dürften die Kämpfe im Elsaß mit dem Gefahren. Wohl gründlich aufgeräumt haben, daß die Maurer nur einmal ernst zu machen brauchen, dann würde das Unternehmertum sofort bestimmen. Es hat sich herausgestellt, daß das Unternehmertum im Elsaß gut organisiert ist, und fanatisch sein altes Herrenrecht auf freie und unfreiwillige Ausbeutung hochhält. Wollen unsere Kollegen trotzdem ihre Lage verbessern (wozu sie alle Ursache haben), da vielfach noch 11, 12 und 18 Stunden gearbeitet werde, bei Löhnen von 26, 28 bis 40 δ), so muß die Organisation noch viel besser ausgebaut werden. Nur durch jahrelange Mitgliedschaft erwirkt man sich die zur Führung so exakter wie notwendigen Eigenheiten, Kenntnisse, Disziplin und Ausdauer. — Der Streit in Pforzheim hat jedenfalls auch viele Illusionen über die Arbeitsergebnisfähigkeit der Unternehmer im rheinischen Westerwald zerstört. Nur in wenigen Orten noch dürfen die Unternehmer mit so schwülen Waffen gekämpft haben, als gerade hier. Die Verleumdung, daß der Kassierer durchgebrannt sei, ist ja früher schon registriert worden. Überall wird die falsche Nachricht verbreitet, der Streit sei zu Ende, und die Streitenden werden beschimpft. Bei Abreise von Streikbrechern erklärten die Unternehmer: „Wir können ruhig kommen, der Streit ist zu Ende, es feiern wir noch etliche Tagebieße, die zu faul sind zur Arbeit.“ Mehrfach haben ja die Herren bei der Abreise von Streikbrechern Petz g. habt. So in Söllingen, dort legte der betreffende Unternehmer ein Glas Bier auf, bezogt auch 8 bis 10 Liter Wein. Die Maurer ließen sich Bier und Wein schmecken, aber nach Pforzheim kamen sie nicht. Leidliche Steinleime wurden uns auch von anderen Orten berichtet. In Karlsruhe, wo die Herren ebenfalls ihr Glas vertranken, mußten sie schmeckig verduften. Ebenso in Durlangen, Wörth und anderen Orten. Die Kollegen müssen sich auf einen kleinen langen Kampf gefaßt machen, wenn sie Sieger werden wollen. — Die Karlsruher Unternehmer haben alle Forderungen der Maurer abgelehnt, bis auf den Pausus betreft der Nebenstunden. Am Schluss bemerkten sie dann noch, sie erwarteten, daß das friedliche Verhältnis, das bisher zwischen Unternehmern und Maurern bestanden habe, auch in Zukunft weiter bestehen würde, weil sie (die Unternehmer) so viel Entgegenkommen gezeigt hätten. Eine schlimmere Verböhmung der Gesellen dürfte kaum jemals zu verzeichnen gehoben sein. Nun die Antwort der Maurer wird gut geeigneter Zeit nicht ausbleiben.

In Eisenach sind unterst der Mitgliedern der Innung befreitlich gewesene Baudienstkollegen ausgesperrt worden. Der Innung gehören etwa 30 Unternehmer an, von der Auspferzung sind 165 Kollegen betroffen. Die Innung gibt als Grund der Auspferzung die über das Innungsmittel gestellte Verhandlung Sperre an. Der eigentliche Grund scheint aber dar zu sein, daß die Maurer von der Durchführung ihrer Forderung abgehalten werden sollen. Dies geht auch aus der „Mechanisierung“ her vor der Unternehmer her vor, die Unternehmer rechnen auf den Wandelmut der Maurer, ob sie richtig kalkuliert haben, dünkt die nächste Zeit lehren. Verdient hat es das Eisenacher Unternehmertum reichlich, daß es einen derben Denkfeind erhält.

In Eisenberg hat Freitag, den 8. d. Mts., eine Unterhandlung stattgefunden, wobei eine Einigung zu stande kam, auf Grund deren die Arbeit zu folgenden Bedingungen wieder aufgenommen werden sollte: Die bisherigen Lohnsätze von 33 bis 36 δ erfahren einen Aufschlag von 2 δ und zwar 1 δ sofort und 1 δ am 1. Januar 1904; auch sollen die Maurer, welche seither einen höheren Lohntag erhalten, dieser Zulage auch teilhaftig werden. Der Vertrag sollte bis zum 31. Dezember 1905 gelten. Die Arbeit ist aber nicht wieder aufgenommen

worden, weil die Herren Unternehmer eine Widerung des Vertrages vorgenommen hatten, von welcher die Maurer nichts wußten. Sie äußerten bei der Vertragsdauer das Jahr 1905 in 1906 um und sagten noch folgendes: Sie an: „Freunde Maurer sollen nach und nach entlassen werden und dürfen Belästigungen von Seiten hiesiger Maurer auf keinen Fall stattfinden.“ Hieron ist in dem Vertrag gar keine Nebenbedingung enthalten. Die Arbeit war trotzdem noch aufgenommen worden, wenn die fremden Maurer binnen 14 Tagen entlassen würden, denn von sofortiger Entlassung ist nicht gesprochen. Die Unternehmer suchen nun die Sache in der Defensivkraft so darzustellen, als wenn die Schuld an der Verlängerung des Streits bei den Gesellen liege. Die Schuld liegt aber ebenfalls bei den Unternehmern, da die Gesellen sich eine eigenmächtige Abänderung des vereinbarten Vertrages durch die Unternehmer nicht gefallen lassen konnten.

Im Steinald ist es auf dem Käfernba zur Arbeitsaufstellung gekommen. Am Freitag der vorigen Woche wurde ein Maurer eingesperrt, der unter den Kollegen als „Geheimpolizist“ antrat. Die Kollegen Genz und Oberdörfer verlangten von dem neuangestellten Kuli, er solle erklären, ob er gebelebt habe und dem Verbande beitreten wolle. Kuli verbrach dies. Beim Abwerfen von Steinen ist dann ohne absichtliches Verschulden eines anderen Person dem Kuli ein Stein auf den Fuß gefallen. A. hat sofort großen Lärm gemacht und behauptet, er sei geworfen worden, weil er nicht im Verbande sei. Daraufhin wurden Genz und Oberdörfer von dem hauendeutlichen Architekten sofort entlassen und vom Bau gewiesen. Hierauf legten sämtliche Maurer und Baubarbeiter die Arbeit nieder, und als sie am anderen Morgen die Wiedereinführung der Gewerbezeiten aufs neue verlangten, wurden sie sämtlich vom Bauplatz gewiesen. Der „Arbeitgeberbund“ hat eine Vermittlung abgelehnt und sich darauf hinzelende Schriftsätze verbreitet. Nach neueren Mitteilungen hat der Unternehmer sich bereit erklärt, die anfänglich Gewahrsame und ebenfalls die Streitenden wieder einzuspielen, dagegen soll Kuli von der Wiederaufnahme der Arbeit ausgeschlossen sein.

Der Streit in Plauen i. V. hat bis jetzt einen glänzenden Verlauf genommen, da es den Unternehmern nicht gelungen ist, Erfolg für die Streitenden zu bekommen und sonstige „Arbeitswillige“ sind nicht in genügender Menge vorhanden. Bei Beginn des Streiks arbeiteten in Plauen 2200 Maurer, die auch fast einmütig die Arbeit niedergelegt haben. Davon sind 467 abgereist, nachdem sie von der Streitleitung mit Käfigeln vertrieben waren; ohne sich Schädel geben zu lassen. Daraufhin wurden Genz und Oberdörfer von dem hauendeutlichen Architekten sofort entlassen und vom Bau gewiesen. Hierauf legten sämtliche Maurer und Baubarbeiter die Arbeit nieder, und als sie am anderen Morgen die Wiedereinführung der Gewerbezeiten aufs neue verlangten, wurden sie sämtlich vom Bauplatz gewiesen. Der „Arbeitgeberbund“ hat eine Vermittlung abgelehnt und sich darauf hinzelende Schriftsätze verbreitet. Nach neueren Mitteilungen hat der Unternehmer sich bereit erklärt, die anfänglich Gewahrsame und ebenfalls die Streitenden wieder einzuspielen, dagegen soll Kuli von der Wiederaufnahme der Arbeit ausgeschlossen sein.

„Entscheiden muss aber Einspruch ergeben werden gegen die Art und Weise, wie in auswärtigen Blättern die Lage in Plauen geschildert wird. Man muss auswärts zu den Untergewerben aufmerksam werden, ob sie hier niemandes Lebens mehr sicher.“ Die Pausagiere, so heißt es jetzt heutzutage in den „Dr. N. R.“, die auf dem Bahnhof anlaufen, waren in einer höchst gefährlichen Lage. Der Ausstand nimmt einen drohenden Charakter an.“ Wir tonnen es nicht anders als eine Gewissenslosigkeit nennen, wenn hiesige Verlegersteller in auswärtigen Blättern den Ruf Plauens derartig untergraben. Erziehungsgemäß werden solche übertriebenen Berichte erst recht aufregend auf die erregten Gemüter, und es sollte jeder als eine Ehrenpflicht ansehen, zur Ruhe zu mahnen, anstatt Oel ins Feuer zu gießen. Wer aber durchweg gefährliche Berichte falsche Anschauungen verbreitet, macht sich bis zu einem gewissen Grade zum Missionsdrücker am Ausschreitungen.“ Sie schreibt:

„Entscheiden muss aber Einspruch ergeben werden gegen die Art und Weise, wie in auswärtigen Blättern die Lage in Plauen geschildert wird. Man muss auswärts zu den Untergewerben aufmerksam werden, ob sie hier niemandes Lebens mehr sicher.“ Die Pausagiere, so heißt es jetzt heutzutage in den „Dr. N. R.“, die auf dem Bahnhof anlaufen, waren in einer höchst gefährlichen Lage. Der Ausstand nimmt einen drohenden Charakter an.“ Wir tonnen es nicht anders als eine Gewissenslosigkeit nennen, wenn hiesige Verlegersteller in auswärtigen Blättern den Ruf Plauens derartig untergraben.

Der Arbeitgeber der Mette sucht im „Boisländischen Anzeiger“ die Unternehmer für die göttliche Beilegung der Differenzen vor dem Gerichtsgericht zu gewinnen, wenn es die Streitenden als Eingangsamt antrügen. Mit abweigender Logik sucht er alle die Eingänge zu entkräften, die seitens der Unternehmer gegen eine Verhandlung vor dem Eingangsamt etwa eingewendet werden könnten. Allein, wie befürchtet, er wird tauben Ohren predigen; denn die Unternehmer sollen, wie aus überlängiger Quelle bekannt geworden ist, beschlossen haben, nicht vor dem Eingangsamt einzutreten, dagegen für die Beschaffung „Arbeitswilliger“ 41.000 ausgeben zu wollen, um durch Massenzug den Streik zu erlösen. Technisch große Dinge hatten sich auch die Unternehmer in anderen Orten schon früher vorzunehmen und haben damit schmählich Schiffbruch erleitten. So kann es auch den Plauenschen Unternehmern ergehen.

Der Streit in Hirschberg-Cunnersdorf ist als heimetlich zu betrachten. Es haben zehn Unternehmer bewilligt, die anderen drei kommen wenig in Betracht, da sie wenig Arbeit hatten und bei wenige wenige Arbeit durch Streikbrecher sich noch verteidigen hat. Zur Abschließung eines schriftlichen Vertrages ist es nicht gekommen. Der Vertritt der Firma G. Sande & Schmid betonte bei der mündlichen Verhandlung, daß seine Zusage als sein Ehrenwort zu betrachten sei und dieses werde er niemals brechen. Benannte Firma ist das Hauptgeschäft in Hirschberg und tonangebend für alle Gaugeschäfte des Kreises. Nachdem diese Firma bewilligt hatte, müssten die anderen notgedrungen folgen. Es war auch die einzige Firma, welche mündlich verhandelte, die anderen sandten die Bewilligung der Streitleitung schriftlich zu. Von den ersten gestellten Forderungen sind die Gesellen insofern abgewichen, daß sie sich für dieses Jahr mit 35 & Stundenlohn und der 10stündigen Arbeitszeit begnügen. Sie glaubten dies tun zu müssen, um erst einmal die Unternehmer zu Unterhandlungen zu bewegen. Es ist in Schlesien nicht leicht, zu streiken, aber es ging trotzdem besser als anfangs geglaubt wurde.

Aus dem Gau Oberelsassen. Die partielle Wohnbewegung in Beuelen mußte nach dreiwöchigem Kampf beendet werden, weil es unmöglich war, gegen den Industrialismus der oberflächlichen Maurer anzukämpfen. Dazu kam noch der Indifferenzismus der übrigen Bau-

lose Slaven sein, sondern freie Männer werden. Es ist viel bedauerlich, daß es noch Kollegen gibt, die das Anerzetteln eines humanen Unternehmers, zehn Stunden zu arbeiten, so früh auszuweisen. Lieber arbeiten sie elf Stunden für 88 & als 10 Stunden für 41 & Stundenlohn. In der Diskussion sprachen noch einige Kollegen im Sinne des Referenten. Eine hübsche Anzahl Kollegen trat dem Verbande bei. Darien vorwärts. Ihr Kollegen, auf zur fleißigen Agitation damit wir endlich einmal unter Brot erreichen.

In Freiberg i. S. fand nach langjähriger Pause am 1. Juli in der „Reithalle“ wieder eine stark besuchte Bauhandwerkerversammlung statt. Kollege Meine aus Dresden referierte in vorzüglicher Weise auf das Thema: „Sobald die Arbeiterorganisationen vermöcht den Bahnabläufen in den letzten Jahren mit Erfolg eingezogen zu sein.“ Die Vorgänge der letzten Zeit haben, wie es scheint, auch den indifferenteren Freiberger Arbeitern die Augen geöffnet, denn es wurden durch die Verbände der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter eine ganze Anzahl Mitglieder gewonnen, so daß es hoffentlich nicht wieder so weit kommt, daß ein Unternehmer es waget, seine Maurer mit 20 & pro Stunde zu entlohnen, in einer Stadt von 31 000 Einwohnern.

Aus dem Gau Ostern wird uns geschrieben: In Sensburg in Ostpreußen haben sich in letzter Zeit mehrere Kollegen dem Verbande angegeschlossen. Am 28. Juni sollte nun dort eine Maurerversammlung stattfinden, um darauf einen Zweigverein zu gründen. Die Maurer in Sensburg hatten über die Rechnung ohne den Bürgermeister gemacht. Dieser Mann hatte vergeblich, daß Sensburg noch zwei Bauten vor der russischen Grenze entfernt liegt, sondern er muß es schon zu Russland gerechtfertigt haben. Sonst ist das Verhalten des Herrn nicht verständlich. Als die Frau des Kollegen Kostewitz die Versammlung rechtzeitig anmeldete und eine Befreiung über die Annahme wünschte, antwortete der Bürgermeister einfach: „Am Sonntag ist Bahnablauf und da gibt es keine Versammlungen.“ Darauf tief der seinen Polizistendienst und beschafft ihm, sofort zu den Gastwirten zu gehen und ihnen zu sagen, daß je ihre Lofale zu Versammlungen nicht hergeben sollten. Der Polizist führte dann auch seinen Auftrag redlich aus, indem er den Wirten plausibel machte, daß es für sie besser sei — wenn sie keine Scherereien haben wollten —, daß sie ihre Solidarität dieser Gesellschaft — er meinte die Maurer, die er noch mit dem Titel Maurerbund bezeichnete — nicht zur Verfügung stellen. Dieser läßt es sich auf jener Seite, jenseits der russischen Grenze, auch nicht machen. So wird in Ostpreußen, das doch noch zu Deutschland gehört, das Verhandlungrecht der Arbeiter geachtet. Aber man hat ja noch das Verbandsrecht. Doch auch dieses sieht hier in Ostpreußen genau so aus, wie das Vereins- und Verhandlungrecht. Obgleich der Bürgermeister kein Recht hat, die Befreiung zu einer Sonntagsversammlung zu verweigern, so sind wir sicher, daß auf einer Befreiung eine Antwort kommt, die das Verhalten des Bürgermeisters rechtfertigt. Gründe werden sich dafür schon finden. — In Bautzenberg war es genau so. Dort löste ein Polizist eine Maurerversammlung auf, weil sie ihm nicht paßte; er motivierte die Auflösung damit, daß der Siedler die Verhandlungen gegen die Unternehmer aufhebe. Als in der Beschwerdebehörde darauf hingewiesen wurde, daß ein solcher Grund zu einer Auflösung ungefehlbar sei, hatte man innerhalb fünf Monate — denn so lange dauerte es, bis die Antwort auf die Beschwerde erfolgte — endlich, daß das Lokal sich nicht zu Versammlungen eignete. Und das Verhalten des Polizisten wurde somit von dem Regierungspräsidenten in Ostpreußen für gut befunden. Natürlich möchte die Polizei ihre Rechnung auch ohne die Arbeitnehmer. In Bautzenberg ist der Verein trotzdem zu stunde gekommen. In Sensburg hat Kollege Schwarz aus Danzig, der zu der nicht abgehaltenen Versammlung als Referent gekommen war, den Kollegen das Notwendige am Dienstag auszuhändigen gesucht. Es haben sich fast alle Kollegen dem Verbande angeschlossen. Das Einzige, was die Herren mit ihrer Weisheit begreift haben, ist, daß sie den Arbeitern gleich durch die Tat behilflich haben, daß Deutschland ein Kaiserstaat ist, in dem nur die Besitzenden an ihrem Recht kommen, den Arbeiter aber, im Interesse der Bahnabläufe, seine Rechte geschmäler werden. Daraus werden die Arbeiter die Lust ziehen, daß sie von dieser Seite nichts Gutes zu erwarten haben, sondern daß sie sich auf ihre eigene Kraft verlassen müssen. Schließlich brauchen sich jene Kreise nicht zu kümmern, wenn das Vertrauen der Arbeiter zu ihnen immer mehr schwundet.

Der neu gegründete Zweigverein Kronach hielt am 21. Juni seine erste Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde ein Kollege ausserordentlich gewählt, so daß der Zweigverein 16 Mitglieder stark ist. Die Wahl der Befreiungsbeamten konnte nur teilweise erlebt werden. Die Ergänzungswahlen sollen am 26. Juli stattfinden. Als Delegierter zum Gautag in Nürnberg wurde Kollege Schöpferin gewählt. Da die Mehrzahl der in Kronach und Umgegend wohnhaften und beschäftigten Kollegen der Organisation noch völlig indifferent gegenüberstehen, gelobten sich die wenigen Verbandsmitglieder, treu auflaufen zu halten und darum zu arbeiten, daß der Zweigverein Kronach bald ein lebensfähiges Glied des Centralverbandes der Maurer Deutschlands werde. Seit Ende März, das sagt, das kleine Häuslein organisierte Kollegen aller erdenklichen Mühe gegeben, um einen starken Zweigverein des Centralverbandes der Maurer Deutschlands in Kronach zu stände zu bringen. Aber trotz unmeniglicher Arbeit gelang es den Kollegen in dieser Zeit nur, bis zu 16 Mitglieder zusammenzubringen. Kronach wird eben noch von den Pfaffen geschreckt, das hat die jetzige Reichstagswahl wieder gezeigt. Es wird kaum noch einen Fleck auf der ganzen Welt geben, wo die Verdummung der Arbeiter durch die Pfaffen so systematisch betrieben wird, wie in Kronach. Und dabei dominiert hier eine Sorte von Arbeitern, die nichts zu nagen und zu beissen hat, aber sie sind Anhänger der christlichen Arbeitgebervereine und laufen diesen nach. Wenn in diesen Vereinen eine Versammlung stattfindet, so hat nur die Geistlichkeit das Wort. Die Mitglieder haben nichts zu sagen und dürfen auch nicht mit dem Kopf schütteln. Das würde, wenn es einer wagen sollte, für ihn das Auskäufer sein, dem der Betrieb bedeutet; auch könnte dadurch das einzige Seelenheil zum Teufel gehen; und lieber macht man da mit dem Kopf das befähigende Zeichen, denn ein treues Schaf kann keinen Seelsorger nicht vor den Kopf stoßen, für ein solches Gebaren würde man in die Hölle kommen. Die Geistlichkeit bezeichnet ihre Anhänger selbst als Schafe, und das sind sie auch, das sind auch die Maurer

von Kronach und Umgebung. Diese gehören in der Mehrzahl den katholischen Arbeitgebervereinen an, aber niemand ist im Stande, sie davon zu überzeugen, daß sie dadurch immer und immer mehr geschädigt werden. Ihre Familien leben in den denkbar schlechtesten Verhältnissen, und es kann auch nicht anders sein, denn Löhne von M. 2,80, 2,70, 2,80 und M. 3 sind ganz und gar, und das muß schon ein guter Maurer sein, der diesen Lohn bekommt; er muß schon beschäftigt sein und einen Schwester machen können. Bei den Steinbauern steht es meistens noch trauriger aus. So wird auf einem Platz in einer Weile gearbeitet, die nicht mehr menschlich genannt werden kann: von früh 4 Uhr bis Abends 8 Uhr wird geschuftet, mit einem Wort: hier werden in sechs Tagen neun Tage gearbeitet. Dann gibt es noch drei Plätze, wo die Steinbauern in 10½ Stunden mit eignem Gesicht M. 2,80 verdienen. Um diesen Dienstleistung etwas höher zu stellen, werden trotz Bausatzverordnung Stunden gemacht, ohne Zuschlag. Aber trotz aller Missstände und obgleich die Unternehmer von Kronach den Vorstufen des Zweigvereins ausgesperrt haben, werden die organisierten Kollegen nicht erlaubt, den Organisationsgedanken unter die Massen zu tragen, die jetzt noch den Schlaf der Unwissenheit schlafen. Auch der Unterstand dieser Massen wird bestreitet werden, auch diese Massen werden zu der Überzeugung kommen, daß sie sich nur durch Kampf ein menschenwürdiges Dasein erringen können.

In Döbeln fand am Sonntag, den 21. Juni, im unteren Gasthof eine öffentliche Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter statt, die sich im ersten Punkte der Tagesordnung mit dem Brot und den Zielen der Organisation beschäftigte. Der Vertretungsraum der Maurer, Friedrich, entholte ein klares Bild über das Entstehen der Verbände und erläuterte eingehend den Rufenden eine Gemeinschaft, ihren Mitgliedern bietet, wenn sich alle Berufsangehörigen ihr anschließen. Referent kommt weiter auf den Altbogenbau zu sprechen und gibt treffende Schilderungen der Ursachen, die die Arbeiterschaft gewöhnlich zum Genüse der Besitzer veranlaßt. Er sieht eine Veränderung des Altbogenbaus in der Verkürzung der Arbeitszeit, die aber nur durch ein festes Zusammenschließen erreicht werden könnte. Gernheim gibt Redner die Stützlinie über die bestehenden Lohnverhältnisse bekannt, und kommt dann auf die Altbogenbau zu sprechen, für deren Befreiung er energisch eintrat. Hierauf kommt Redner unter reizendem Beifall zum Schluss seiner Ausführungen. Unter „Gewerkschaftliche Angelegenheiten“ entspricht sich noch eine lebhafte Debatte über Mängelhaft auf Bauten.

In Bösen fand gegenwärtig eine kolossal Arbeitslosigkeit unter den Maurern. Über auch viele andere Arbeiter in den verschiedenen Baubereichen sind augenblicklich beschäftigungslos. Um gegen diesen durch die Schuld der Besitzer ähnlich herborgerungen Rüstung zu protestieren, hatte die Leitung unseres dortigen Zweigvereins zum 20. Juni nach dem Berndtischen Votale eine Protestversammlung einberufen, die so zahlreich besucht war, daß viele der Besucher, die in und vor dem Lokal seinen Platz mehr fanden, umlehnen mußten. Im Lokal selbst standen die Zuhörer Kopf an Kopf gedrängt, nicht achzend der erdrückenden Hitze und den Ausführungen des Referenten mit Spannung bis zu Ende folgten. Es galt, an der Arbeitslosigkeit der Maurer, die auch viele andere Baubereiche stark in Mitleidenschaft zieht, enttäuschte Stellung zu nehmen und zu erklären, daß der Magistrat und die Behörden mit ihren Maßnahmen die Interessen der Steuerzahler nicht berücksichtigt haben. Kollege Schulz, der das Referat übernommen hatte, geißelte in 1½ Stunden von lebhafter Zustimmung oft unterbrochenen Ausführungen den vorhergehenden Zustand. Die Folgen der Unterernährung, denen die Arbeiter bei der langen Dauer der Arbeitslosigkeit ausgesetzt seien, äußerten sich bald in Trunksucht, in den dadurch herborgerungen Erzeugen. Den Arbeiter, der Tag für Tag mit leeren Händen nach Hause kommt, der seine Familie darüber sehen muß und nicht helfen kann, ergriff bald die Verzweiflung und, wenn er nicht ein besonders feiner Charakter sei, sinkt er bald tiefer und tiefer. Ein Schrei der Entrüstung geht durch die auch von Frauen besuchte Versammlung, als der Referent konstatierte, daß zahlreiche Arbeiterfrauen, die bisher in Treue ihrem Manne und ihren Kindern lebten, durch die Not auf den Weg der Schande gebracht werden, um den Hunger der Übren stillen und den Zug an den Wirt zahlen zu können. Aber nicht nur in tatsächlicher Hinsicht entartend wirkten diese Zustände. Zahlreich sind auch die Errortungen der Atmungs- und Verdauungsorgane unter den arbeitenden Bevölkerung. Es liegt am Interesse sowohl der Stadt wie des Handels, wenn die Arbeiter Beschäftigung haben. Der Armeideal werde wieder ins Ungemeine losachen. Wenn man nachher vorredet, wie viel man für die Armen getan habe, so sei das keineswegs ein Nutzen für die Stadt. Sie sollte lieber dafür sorgen, daß den Arbeitern Beschäftigung geboten und die Ursachen und Folgen der Unterernährung vermieden werden. Dafür würde ihr die arbeitende Bevölkerung eben noch danken müssen als für die Almosen. Die Ausführungen des Referenten gipfelten in folgender Resolution, die einstimmig angenommen wurde: „Die heute, am 20. Juni, im Berndtischen Votale tagende öffentliche Versammlung der Maurer von Bösen und Umgegend stellt fest, daß die zur Zeit im Bautzgebiete herrschende ungeheure Arbeitslosigkeit teilnahmslosen Ursachen hat, daß sie vielmehr verursacht wird durch die verlangsameerte Ertteilung von Baufontenzen seitens der Bauherren wegen der ihnen durch die neue Bauordnung dringlich gemachten Schwierigkeiten. Die Versammelten sind über der Ansicht, daß die Arbeitslosigkeit nicht den Umfang angenommen hätte, wenn die Unternehmer nicht systematisch auf die Nichtanstellung der hier ansässigen Gesellen ihrer Polizei verpflichten. Die Versammelten verurteilen nicht nur aufs schärfste die Objekt der Unternehmer, die hierigen Gesellen wegen ihrer Teilnahme am vorjährigen Streik von der Arbeit auszuschließen, sie betrachten es vielmehr als einen Verstoß gegen den geschlossenen Vertrag, daß die dem Arbeitgeberbund angehörigenen Arbeitgeber nicht nur in der erwähnten Weise die hier ansässigen Gesellen brutal machen, sondern auch noch die dem Arbeitgeberbund bis jetzt fernstehenden Unternehmer beeinflussen, auch ihrerseits keine der Streik beteiligt gewesenen Gesellen zu beschäftigen resp. solche zu entlassen. Die Versammelten erkläre, nach wie vor am Vertragsverhältnis festzuhalten, um dadurch zu einer ruhigen und friedlichen Entwicklung im Bautzgebiete zu beitragen, bedauern aber tiefs, daß solche Fälle vorkommen,

die doch absolut nicht geeignet sind, ein gebräuchliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fördern. Es bezug auf die Arbeitslosigkeit erklärt die Versammlung ferner: Sollte es wahr sein, daß die Arbeitgeber im Zweifeljahr in ihrer Versammlung am Dienstag, den 23. Juni bekannt haben, sie dem in ihrem Gewerbe ausgeworfenen, nun schon neun Wochen währenden Streik auch noch ein Werkjahr ruhig zusehen würden, weil der Magistrat die Ertteilung von Baufontenzen in die Länge zieht, sieht die Versammlung in dieser Handlung, die vom Magistrat bis jetzt unidurchsetzt geblieben ist, eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit, durch die über hunderte hierigen Bürger, die arbeiten wollen, Not und Elend gebracht wird. Die Versammlung fordert daher vom Magistrat dringend, daß er seinen Einfluß dahin geltend macht, daß sobald wie möglich mit der Ertteilung der Baufontenzen begonnen wird, um der hierigen arbeitenden Bevölkerung Brot und Lohn zu verleihen, damit diese nicht der Armutserkrankung zur Last fällt. Angefeind dieser Vorlesungen und der dadurch geschaffenen ungünstigen Verhältnisse verpflichten sich alle Maurergesellen wie Polizei, dem Zugang fremden Gesellen nach Kräften zu steuern, bis die ansäßigen Gesellen ihrer Arbeit gefunden haben. Die Polizei insbesondere verpflichtet sich, entgegen dem Auftrag des Arbeitgebers, arbeitssuchende Gesellen vor Einführung nicht mehr, wie bisher, nach ihrem früheren Wohnort zu fragen, sondern vorzugsweise die hierigen, am Orte ansässigen Gesellen bei der Einführung zu berücksichtigen. Die Polizei erläutert selbst, daß nur durch ein Handmahngehen mit den Gesellen ein friedliches Zusammenarbeiten auf den Bauten möglich ist. Den unverhohlenen fremden Kollegen macht es die heutige Versammlung zur moralischen Pflicht, Brot zu verleihen, daß ihnen anderorts Arbeit geboten wird.“ Die Resolution soll dem Magistrat eingebracht werden. In der auf den Vortrag folgenden Diskussion stimmten die Redner auf dem Referenten zu; wesentlich wurde nicht zu Tage gefordert. Nach einem kräftigen Appell an die Mitglieder, auch ihrerseits der Annahme der Resolution entsprechend zu handeln, schloß der Vorlesende mit einem dreisätzigen Gott die impulsive Versammlung.

In Solingen tagte am 28. Juni eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung, die sich mit dem Bauarbeiterbund beschäftigte. Es wurde das Rejulat der am 26. Juni vor genommenen Baufontenkontrolle bekannt gegeben. Die Redaktion erfreute sich auf 19 Bauten, davon entsprachen nur 2 ausdrückliche Sicherheitsmaßregeln zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter zu stellen bereit sind. Es ist bemerkenswert, daß dieses schlimme Rejulat verzeichnet werden muß, trotzdem im Oktober 1902 auf Drängen der Bauarbeiter ein Baufontenkontrollen Gesetz erlassen wurde. Erst als die Arbeiterschaftskommission, das betreibende Rejulat ihrer Kontrolle veröffentlicht hatte, wurden die schlimmsten Mängel beseitigt. Die Versammlung beschloß nach längster Diskussion folgende Resolution: „Die Stadtverordneten werden erinnert, daß die bestehende Baupolizeiverordnung davon zu erweichen ist, daß weiter die Hänge noch die Standgerüste vor einer polizeilichen Prüfung auf ihre Tragfähigkeit in Gebrauch genommen werden dürfen. Die Hänge gerüste dürfen nicht länger als ein Jahr benutzt werden, es sei denn, daß sie jedesmal vor ihrer weiteren Benutzung von einem bereitwilligen Fachmann auf ihre Haltbarkeit geprüft werden.“

Der Zweigverein Stuttgart hielt am Freitag, den 26. Juni, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zu Beginn derselben gab der Vorlesende bekannt, daß gegenwärtig die Spieker, Bauschlosser und Maler sich im Streit befinden. Es forderte die Kollegen Wimberg ein Gleichwichtsprotokoll zu seiner Wahl als Reichstagsabgeordneter zu senden. Hierauf hielt Kollege Thormann einen Vortrag über das Thema: „Die gegenwärtigen Bauarbeiteraushausungen“. Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen lehrreichen Vortrag. In der Diskussion bewilligte Stolle die Belebung auf die gegenwärtigen drei Streiks im Bautzgebiete, es erinnerte ihm nicht für ganz unmöglich, daß die Stuttgarter Unternehmer zu einer allgemeinen Aussperrung hinzutreten lassen. Daraufhin ermahnte er die Kollegen, dafür zu sorgen, daß jeder Stuttgarter Maurer sich dem Verbande anschließe, damit die Gesellen zu jeder Zeit gerüstet seien. Unter „Verschiedenes“ wurde noch über einige Unternehmer Klage geübt wegen schlechter Lohnzahlung, hauptsächlich bei Herrn Bödmann auf ihre Haltbarkeit geprüft werden.

Am 27. Juni fand in Taucha eine sehr stark besuchte öffentliche Maurerversammlung statt, die sich mit der Lohnfrage in der Umgegend beschäftigte. Kollege Nährer konstatierte, daß in Taucha selbst ein großer Teil Maurer einen höheren Lohn als den vereinbarten erhalten, dagegen sei in Hohenwada eine Lohnfikirung um 4 & pro Stunde vorgenommen worden. Als Kollege Nährer deshalb mit den Unternehmern Rückfragen nahm, erklärten diese, daß die Innung in Leipzig keine Lohnreduktion wünsche. Da dieses nun aber doch geliehen ist, beschloß die Versammlung, den Lohnfikir auf folgende Ortschaften auszudehnen: Merkendorf, Hohenwada, Gottsdorf, Schönbach, Seebenstein, Bodelwitz, Albnitz, Plaue und Seegeritz. In diesen Ortschaften wurde früher ein Stundenlohn von 42 & geachtet, und dieser Lohn soll nach einem weiteren Beschluss der Versammlung nun auch wieder gefordert werden, und zwar vom 29. Juni an. Über den im nächsten Jahre gültigen Lohnfikir soll neuem mit den Unternehmern verhandelt werden.

Der Zweigverein Belfort hat am Freitag, den 27. Juni eine Tagssitzung, doch konnte dort nie eine Versammlung abgehalten werden, weil es an einem Votum mangelt. Endlich ist es bei Zweigvereinsleitung nach vieler Mühe und Arbeit gelungen, das Votum Waaß, Kettwiger Brücke, zu gewinnen. Es ist zwar etwas mal klein, aber es genügt doch, um Mitgliederversammlungen in ihm abhalten zu können. Am 27. Juni fand dort nun eine Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Moritz aus Belfort über: „Die Notwendigkeit der Organisation für die Maurer“ referierte. Besonders schaft und abfällig wurde von ihm der Bauarbeiterbund in Belfort kritisiert, ebenso wie die lange Arbeitszeit und das Nebel der Verktorarbeit. Auch wies der Redner auf die Vorteile hin, die der Centralverband der Maurer Deutschlands seinen Mitgliedern bietet, während er den christlichen Maurerverband als ein Anhängsel der Zentrumspartei bezeichnet. Zum Schluß erfuhr der Redner die Kollegen, recht fleißig und pünktlich die Pre-

sammungen zu besuchen, den "Grundstein" recht ausführlich zu lesen und auf den Wänden unzählig für den Verband zu erläutern. Im gleichen Sinne sprachen die Kollegen Marx und Böhme, die in Reitwitz als Vertrauensleute fungierten. Wenn die Kollegen die Ausführungen des Vereinsekretärs und der Disputationssprecher beziehen, dann wird die Zahlstelle Reitwitz blühen, grünen und gedeihen und die Mauer Reitwitz werden bald die Früchte davon tragen.

Der Zweigverein Wollin hielt am Sonntag, den 21. Juni, seine regelmäßige Mitgliederversammlung im Restaurant Elysium ab. Die Kollegen beschäftigten sich hauptsächlich mit der Frage: "Warum sind wir in unserem Streit nicht unterstützt worden?" Bei der Gründung des Zweigvereins führte Kollege Schauer-Siettin in seiner Rede aus, daß im Zentralverband der Maurer eine halbe Million Mark in der Kasse sei, und daß die Kollegen, die in einen Streit eintraten, zu jeder Zeit unterstützt würden. Die Kollegen schenkten dem Gauvorstand Schauer Vertrauen und mehrere ließen sich nach Schluß der Versammlung in den Verband aufnehmen. Die Sache kam aber anders, als die Kollegen von Wollin und Umgegend im Frühjahr sich bestreite Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzuhaben wollten und in einen Streit eintraten. Es war genügend Arbeit vorhanden, und wir hofften auf Unterstützung. Über vergebens, für die Wolliner war keine Unterstützung, und so mußten die Kollegen die Beiträge wieder zu den alten Bedingungen aufnehmen. Sie hätten wohl eine Zeitlang ausgehalten ohne Unterstützung, aber der Winter ist lang gewesen und die Maurer Wollins tonten kein Geld aufzuhören, und so waren sie gezwungen, wieder weiter zu arbeiten. Nach Aufnahme der Arbeit haben einige Meister gefragt, wenn die Maurer nächste Woche noch gestreikt hätten, so hätten wir ihre Forderung bewilligen müssen, sonst wären uns die königlichen Bauten abgenommen worden. Man kann sich ja denken, wie die Meister sich gefreut haben, als sie hörten, daß keine Streikunterstützung benötigt wäre. Die Unternehmer nutzten ihren Sieg auch noch dahin aus, daß sie mit der Zeitung des Vereins betrauteten Kollegen nicht wieder einstellen. Die Kollegen empörten sich sehr, daß im "Grundstein" stand, Wollin hätte eine Bohnerhöhung von 85 % pro Stunde erteilten durch den Streit, was doch nicht wahr ist. Die Kollegen haben wieder für den alten Lohn weiterarbeiten müssen und die Kollegen von der Zeitung, die jahrelang hier ihre Arbeit gehabt haben, müssen das Weite suchen und ihre Familien verlassen. Die Kollegen haben alle Schauer von Siettin das Vertrauen geschenkt, nun aber, da der Verein schwankend dasteht, läßt sich kein Schauer hören oder sehen. Die Gauvorstände lassen die kleinen Vereine links liegen, und die Kollegen sind sich selbst überlassen. Nach unserer Meinung ist es den Herren Gauvorständen wohl gleich, ob sich die kleinen Vereine aufstellen oder nicht. Es wurde beschlossen, am 8. August dieses Jahres unter erstes Sommervergnügungen abzuhalten, wozu die Kollegen von den umliegenden Vereinen freudlos eingeladen sind.

Dieser Bericht verträgt sich nicht ganz mit der Wahrheit. Wir lassen daher feststellen, ob Kollege Schauer bei der Gründung des Wolliner Vereins mit der halben Million geprahlt hat, übertrieben hätte er ja damit nicht. Der Berichtsstaat hat aber die Hauptrede vergeben: Als die Wolliner Kollegen den Streit befürwortet, war mit der Maurerarbeit kaum begonnen worden, ungefähr die Hälfte der für den Streit in Frage kommenden Kollegen war noch außer Arbeit und von dringenden Arbeiten konnte gar keine Rede sein. Dies alles ist den Wolliner Kollegen von Schauer wiederholt vorgehalten worden. Und schließlich, als die Wolliner sich jeder Belehrung unzugänglich zeigten, hat Schauer im Auftrage des Verbandsvorstandes den Wolliner Kollegen die Erklärung hinterlassen, daß der Streit wegen völliger Aussichtlosigkeit zur Zeit nicht genehmigt und Unterstützung aus dem Verbandsstabe nicht geahndet werde. Damit schied Kollege Schauer aus Wollin. Und was sagten die Wolliner Kollegen? Nun erst recht wollen wir streiten. Das durften sie ja, natürlich auf ihre eigenen Kosten. Sie durften aber hinterher nicht den Anfeind erwidern, als sei ihnen bitter Unrecht geschehen. Die Wolliner waren kaum Mitglieder des Verbandes geworden und schon glaubten sie, sich über Statut und alle Vorhaben hinwegsetzen zu dürfen. Und hinterher stellten sie: Ach, wie hat man uns gute Kinder doch schlecht behandelt. Das ist nicht der rechte Weg. Kollegen von Wollin und Umgegend. Ihr dürft ruhig Verträge zum Verband und ebenfalls zu Kollegen Schauer haben, denn die Beauftragten handeln nur in Eurem Interesse.

Die Redaktion des "Grundstein".

Der Gewerkverein der Bauhandwerker.

Neben anderen Organisationen in unserem Gewerbe besteht auch noch ein Kirch-Dunderscher Gewerkverein. Diese Organisationsbildung umschließt die Berufe der Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Bauhüttenarbeiter und andere mehr. Sie besteht seit mehr denn 30 Jahren und konnte sich unbehindert entwirken, das Sozialstreitgesetz hat ihr keine Schwierigkeiten verursacht und dennoch blieb sie eine Minitaturorganisation im modernen Sinne des Wortes.

Die Ursachen liegen auf der Hand: daß Birken der Organisation und ihr Ziel entspricht nicht dem Sinn und Denken und Denken der Bauhandwerker, sie verhinderte nicht den Bedürfnissen der Arbeiter anzupassen, dem zentralen bringen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, um Anerkennung der Menschenrechte der Arbeiter, der Erfüllung eines gesetzlichen Schutzes zur Erhaltung der Gesundheit und zur Sicherung der Unfall- und Feuer- und in keiner das Wahl und Wohle der Arbeiterschaft berührenden Frage war etwas von dem Willen des Bauhandwerker-Gewerkvereins zu spüren.

In meiner Eigenschaft als Agitator und Leiter von vielen Streits in Deutschland bin ich nur zweimal auf einen Ortsverein dieser Organisation gestoßen. Zuerst 1897 in Liegnitz. Dort waren wohl zwei Dutzend Mitglieder vorhanden und als die Liegnitzer Maurer den Streit befreit, empfahl der Generalrat der Kirch-Dunderschen Gewerkvereine seinen Liegnitzer Mitgliedern, sich nicht an dem Streit zu beteiligen. Die Mitglieder waren, aber vernünftiger als der hohe Rat, sie kämpften mit unseren Bauhandwerkern um eine bessere Lebenshaltung. Das andere Mal hatten wir es mit einem solchen Ortsverein von 30-40 Mitgliedern in Breslau zu tun. Dort waren sie zwar nicht für den Kampf zu gebrauchen, sie stellten sich unserer Kreisungen aber auch nicht direkt hinterlich entgegen.

An dieser Organisation ist kein Leben zu verspüren, nur ein troges Dahinziehen. Wer die Mitglieder nach Zweck und Ziel fragt, wird nur entdecken können, daß die paar Mitglieder nur um der Unterhaltung willen dem Gewerbeverein angehören; ihre seit Jahren gezahlten Beiträge und die daraus entworfenen Rechte halten sie in der Organisation. Von der Bedeutungslosigkeit ihrer Organisation für die Verbesserung ihrer militärischen Lage sind die meisten Mitglieder selbst überzeugt. Es fehlt ihnen der Geist, die moderne Gewerkschaftsbewegung so vortrefflich ausgedrückt, jenes hohe Bewußtsein, durchstampfend dem wirtschaftlichen Gegner jede Verbesserung abringen zu müssen, jener Idealismus, der nicht nur den persönlichen Vorteil fragt, sondern um seiner Klasse, seinem Bruder zu helfen, auch persönliches Ungemach freudig in den Raum nimmt, wenn damit der Gemeinkörper gebient ist. Es fehlt an der Hoffnungsfreude, die an dem Glauben an die Zukunft, der für jeden Kämpfer eine notwendige Vorbereitung zur erfolgreichen Tätigkeit ist.

Der Jahresbericht des Gewerbevereins für das Jahr 1902 weiß nach, daß 66 Ortsvereine bestehen mit 1119 Mitgliedern. Wie viel Maurer darunter sind, wird nicht gesagt. Es wäre auch nicht erforderlich, sich mit dieser Organisation zu beschäftigen, wenn sich nicht ein Mitglied des selben in seinem Vereinsorgan "Der Gewerbeverein" (Nr. 26 vom 26. Juni) herausgenommen hätte, eine "Schauarm vom Terrorismus und von Röheitkeiten unserer Mitglieder in Fürstenwalde zu erzählen. Dieser Artikel lautet:

„Für Sie steht auf d. e. Werter Herr Goldschmidt! Ich gebe Ihnen hier einen Vorfall bekannt, der dieser Tage hier passierte. Sollten Sie denselben für wichtig genug halten, so bitte ich, denselben dem Centralrat zur Verfügung zu stellen und nach Giebendorf verhört zu wollen. Ich habe ihn für ein würdiges Seitenstück zu der Nürnberger Affäre und zeigt auch dieser Fall wiederum, wie weit der Fanatismus des Gewerbevereins gegen unsere Freunde geht. Im vergangenen Jahre hat sich hier ein O. B. der Bauhandwerker gebildet und gleich von Anfang an hatten unsere Genossen schwer zu kämpfen mit den Maurern und Zimmerleuten, die den Gewerkschaften angehörten. Schimpftreden und Androhung von Gewalttat gleichen Daten an der Logesordnung, und oft genug beschwerten sich unsere Genossen bei mir; wir waren aber alle der Meinung, daß der Fanatismus mit der Zeit sich legen und daß man uns dann in Ruhe lassen würde. Auf dem Kaffernmarkt der vierten Schmodon des bayerischen Infanterieregiments arbeiten Gewerkvereiner und Gewerkschaftsmitglieder zusammen. Im Abend des 18. Juni 1902, kurz vor Feiertag, sagte Genosse Falternberg zu seinen Kollegen Jungen, Schmid und Hanisch und dem Gewerkschafter Müller, über welche er die Aufsicht führte, daß die Dede, die die zu jungen angefangen hätten, noch fertig werden müßte, es würde sonst das Material dazu (Zementputz) kostspielig werden, worauf Hanisch seine Zustimmung gab. Hierauf stieg der Gewerkschafter Müller, der unten saß, auf das Gerüst und rief, ohne weiteres auf Hanisch, mit einem Hammer einen und verlebte ihm den Hinterkopf, am Rachenbein, an der Brust und wo er sonst hinkat, so verblutete sofort in tragische Weise. Der Maurer, der die Aufsicht führte, schaute auf und rief: „Was ist das?“ Daß der Maurerwerk des Giebelns wurde nämlich in Kellerhöhe, nach einer Seite um 20 cm übergesetzt. Um die Pfütze zu verdecken, kam Wörner auf den genialen Gedanken, den zu schwachen unteren Teil der Mauer mit alten Ziegelstücken und Steinbrocken „verstärken“ zu lassen. Der Architekt Hamm, der die Aufsicht führte, soll, als er darüber gesehen, dem freudelosen Treiben keinen Einhalt geboten, sondern nur ein Achtzaudern dafür gehabt haben. Interessant war es, wie die Verteidigung sich bemühte, die Schulb am Einkerbung den Polier zuzuführen und die als Zeugen erschienenen Maurer der Unwichtigkeit zu verbündigen. Der Verleibiger meinte, in Borsheim sei jetzt Maurerstreit und da würden die Beugen wohl nicht zu Gunsten der Angestellten aussagen. — Ja, sollten sie denn das? Unser unvergängliches Meining nach sollten sie doch die Wahrheit behaupten, und das werden sie sicher, da sie unter Gil standen, gehan haben. Es war also mindestens recht überzeugend, den gegenwärtigen Maurerstreit mit dem Einkerbung in Verbindung zu bringen. Interessant waren auch die Befürchtungen des Sachverständigen des Baufontenels Hannemann aus Borsheim. Nach dessen Aussage wurde bei der Untersuchung des eingekerbten Giebelns ein einziger Binder vorgefunden. Der Giebel hatte bis zur Kellerhöhe abgebrochen werden müssen. Auf die Frage nach der Beschaffenheit des Materials antwortete der Sachverständige, daß in Borsheim durchweg schlechtes Material verwendet werde. Das ist gewiß keine Schmeichelei für die "Bauaufsicht" in Borsheim. Der Staatsanwalt hob in seinem Plädoyer die grenzenlose Profitsucht des Unternehmers Wörner hervor; nur die Profitsucht hätte das Unglück herbeigeführt. Der Gerichtshof erachtete sowohl Wörner als auch Hamm für höchstig im Sinne der Anklage und erkannte gegen Wörner auf sechs Monate Gefängnis, gegen Hamm auf 300 Goldstrafe.“

Der Inhalt des Artikels entspricht den tatsächlichen Verhältnissen nicht, durch unsere Organisationsleitung wurde folgendes festgestellt:

Beim Maurermeister Reichenbächer in Fürstenwalde entstand im Herbst 1902 eine Differenz, infolgedessen verließ in Teil der Maurer den Bau, während der andere Teil bei der Arbeit verblieb. Reichenbächer und sein Polier Kleibner bemühten sich nun, einen Ortsverein des Gewerbevereins der Bauhandwerker zu bilden, um immer "arbeitswillige" Arbeitskräfte zu besetzen. In einer öffentlichen Versammlung sollte die Gründung vor sich gehen. In der Versammlung waren ein Referent des Gewerkvereins, Herr Reichenbächer, seine Maurer, die auf seinen Wunsch dem Gewerkverein beitreten sollten, anwesend, und auch einige unserer Verbandskollegen hatten sich eingefunden. Diese wünschten eine Diskussion, um etwaige Angriffe zurück zu weisen und auf die Schädlichkeit der Organisationspläne hinzuweisen zu können. Eine diesbezügliche Zusicherung wurde gegeben. Leider wurde nach Beendigung des Vortrages die Versammlung sofort geschlossen. Unsere Verbandsmitglieder begaben sich nach einem Nebenzimmer, um mit den Maurern, die fast alle wegen Streitbrüchen aus dem Verband ausgeschlossen worden waren und auch sonst als Leute von geringerer moralischer Qualität und zum Teil als gewalttätig bekannt sind, nicht in Verbindung zu kommen. Diese aber gingen unseren Kollegen nach und suchten sie durch Schimpfen und Androhen von Schlägen zu provozieren. In dem Versuch, daß durch solche Szenen das Ansehen der Arbeiter nicht gehoben wird und weil sie gelungen waren, um in schärfster Weise die Meinungen zu klären und von einer Verspaltung der Kräfte abzurufen, verließen unsere Kollegen nach das Portal; es ist ihre Besonnenheit zu danken, daß es zu keiner Schlägerei kam.

Reichenbächer stellte mir nur Gewerkvereinsmitglieder ein. Uns wurde wiederholt berichtet, daß den Verbandsmitgliedern vom Polier die Mitgliedsbücher abgenommen würden und daß sie dann Mitglieder des Gewerkvereins werden müßten. Die Abmeldung vom Verband erfolgte nach berühmtem Wörter: der Schriftführer des Gewerkvereins teilte dem Vorstand unseres Kreisvereins mit, daß die Verzeihungen ich vom Verband abmelden. Dem Reichenbächer wollte es aber doch nicht gelingen, genügend Arbeitskräfte zu bekommen. Nur 12 bis 15 Maurer ließen sich den Stempel "Gewerkverein" aufdrucken. Als d. im Frühjahr größte Arbeit erhielt, mußte er auch Verbandsmauerer einstellen; aber auch diese wurden fortwährend von Herrn Reichenbächer bedrängt; zuletzt half er sich damit, daß jede Gruppe gesondert auf je einer Arbeitsstelle beschäftigt wurde.

Herr von Müller ausgeführte Röheitigkeit soll sich nach uns geworbenen Mitteilungen ähnlich so, wie im "Gewer-

verein" geschildert, ausgetragen haben. Aber Müller war schon seit längerem Zeit nicht mehr Mitglied des Verbandes. Er gehörte seinem Charakter nach ganz zur Schutze Gruppe des Herrn Reichenbächer. Somit ist die Schlussfolgerung des Artikelbeschreibers mindestens irrtümlich, wenn sie nicht gar eine bewußte Unwahrheit ist. Der Artikelbeschreiber kommt und mußte es wissen, daß diese Röheit und Gewalttätigkeit von dem deutlichen Maurerverbande verurteilt wird, möge sie ausgeführt sein von wem sie wolle.

Besteckt ist hiermit:

1. Nicht die Mitglieder des Verbandes haben mit Schimpfen und Androhung von Gewalttätenleidern die Gewerkvereinler belästigt, sondern das Gegenteil ist der Fall, und auf unsere Verbandsmitglieder wurde ein Druck zum Anfluss an den Gewerkverein ausgeübt.

2. In der leichtfertigsten Weise wird von Gewerkvereinler verflucht, Handlungen eines Unorganisierten als "niedre Gefinnung der Gewerkschafter" den Verbandsmitgliedern im allgemeinen zu unterziehen.

Hiermit können wir wohl diese Organisation in Zukunft ihrem Schick überlassen.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionsen etc.

* Bauaufsicht vor Gericht. Am 28. Juni hatten sich der Bauunternehmer Wörner, Inhaber der Firma Wörner & Danzic, und der Architekt Hamm wegen des am 11. Oktober 1902 in Borsheim erfolgten Bauaufsichts vor der Stadammer in Karlsruhe zu verantworten. Der Einsturz erfolgte in der Weise, daß ein Giebel in etwa 8 m Ausdehnung plötzlich umfiel und die auf dem Giebelgerüst sich befindenden acht Maurer mit in die Tiefe rutschten, wodurch fünf auf längere Dauer arbeitsunfähig waren, während die drei anderen mit leichteren Verletzungen davon kamen. Die alsbald eingetretene Untersuchung ergab die Berechtigung unserer Kritik in Nr. 43 des "Grundstein" 1902, die auch in der Verhandlung eine große Rolle spielte, nämlich, daß der Einsturz auf die vorschriftswidrige Ausführung der Maurerarbeiten zurückzuführen sei. Die Anklage stützte sich darauf, daß die Giebelmauer entgegen den allgemein anerkannten Regeln des Bauaufsichts ausgeführt worden sei. Das Maurerwerk des Giebelns wurde nämlich in Kellerhöhe, nach einer Seite um 20 cm auf übergesetzt. Um die Pfütze zu verdecken, kam Wörner auf den genialen Gedanken, den zu schwachen unteren Teil der Mauer mit alten Ziegelstücken und Steinbrocken "verstärken" zu lassen. Der Architekt Hamm, der die Aufsicht führte, soll, als er darüber gesehen, dem freudelosen Treiben keinen Einhalt geboten, sondern nur ein Achtzaudern dafür gehabt haben. Interessant war es, wie die Verteidigung sich bemühte, die Schulb am Einsturz dem Polier zuzuführen und die als Zeugen erschienenen Maurer der Unwichtigkeit zu verbündigen. Der Verleibiger meinte, in Borsheim sei jetzt Maurerstreit und da würden die Beugen wohl nicht zu Gunsten der Angestellten aussagen. — Ja, sollten sie denn das? Unser unvergängliches Meining nach sollten sie doch die Wahrheit behaupten, und das werden sie sicher, da sie unter Gil standen, gehan haben. Es war also mindestens recht überzeugend, den gegenwärtigen Maurerstreit mit dem Einsturz in Verbindung zu bringen. Interessant waren auch die Befürchtungen des Sachverständigen des Baufontenels Hannemann aus Borsheim. Nach dessen Aussage wurde bei der Untersuchung des eingekerbten Giebelns ein einziger Binder vorgefunden. Der Giebel hatte bis zur Kellerhöhe abgebrochen werden müssen. Auf die Frage nach der Beschaffenheit des Materials antwortete der Sachverständige, daß in Borsheim durchweg schlechtes Material verwendet werde. Das ist gewiß keine Schmeichelei für die "Bauaufsicht" in Borsheim. Der Staatsanwalt hob in seinem Plädoyer die grenzenlose Profitsucht des Unternehmers Wörner hervor; nur die Profitsucht hätte das Unglück herbeigeführt. Der Gerichtshof erachtete sowohl Wörner als auch Hamm für höchstig im Sinne der Anklage und erkannte gegen Wörner auf sechs Monate Gefängnis, gegen Hamm auf 300 Goldstrafe.

* Submissionsblätter. An der Submission zur Ausführung der Erd- und Maurerarbeiten des Infanterieregiments in Marienburg i. Pr. beteiligen sich 9 Unternehmer mit folgenden Angeboten:

Olschenhäger-Chritsburg	M. 70781,80
Kittlows-Gartenburg	74584,03
Müller-Erling	77358,14
Wille-Ditzau	94776,—
Feh-Danzig	98759,24
Brandt-Ditzau	101146,76
Depmeier-Erling	108722,08
Berndts-Danzig	109558,03
Reichenberg-Danzig	152160,03

Wer löst das Rätsel? — In Worms soll ein Gymnasium erbaut werden; an der die Submission beteiligten sich Wormser und auswärtige Firmen mit dem Ergebnis, daß die Wormser mit M. 20 018 Mindestgebot und M. 48 402 Höchstgebot den auswärtigen den Rang ableisten; die auswärtigen brachten es nämlich auf M. 26 112 und M. 50 025. — Um die Arbeiten zu verhindern, daß durch solche Szenen das Ansehen der Arbeiter nicht gehoben wird und weil sie gelungen waren, um in schärfster Weise die Meinungen zu klären und von einer Verspaltung der Kräfte abzurufen, die höchste auf M. 9842, die niedrigste auf M. 12 328. Wie das Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe mitgeteilt weiß, sind in den niedrigsten Offerten zum Teil Preise angegeben worden, für die das Rohmaterial nicht zu beschaffen ist. Die drei niedrigsten Offerten sind denn auch unberücksichtigt geblieben. — Zur Erlangung der Erd- und Maurerarbeiten für einen Schulbau in der St. Lorenzvorstadt in Südbrock machte Jos. Olschenhäger das Mindestgebot mit M. 52 046,25. Das Höchstangebot betrug M. 74 519,88. — Beide Firmen bewarben sich um die Maurerarbeiten zum Neubau einer Schule in Südwighausen a. R. Als Mindestförderer wurde G. Seitz mit M. 146 068 beworben, die höchste Förderung hatte Stern mit M. 169 208 gefordert. — 10 000 qm Pfasterarbeiten in Düsseldorf will der billigste Unternehmer für M. 8000, der teuerste dagegen für M. 13 800 machen. Beide Unternehmer hatten sich um die Arbeit beworben. — Für Steinmearbeiten am Rentamtneubau in Freyburg belief sich die niedrigste Förderung auf M. 5018. — Für das Gefühl in der Brüderkirche in Altenburg (S. A.) forderte eine Altenburger Firma

M. 23 855,60, ein auswärtiger Unternehmer wollte die Arbeit aber doch um eine "Kleinigkeit" billiger machen, er forderte nur M. 6016,25.

Die vorliegenden mitgeteilten Submissionsergebnisse ergeben folgendes Gesamtbild der Preisverschiedenheit:

Winfelsförderung	Spätforderung	Differenz
M. 70781,80	M. 152160,03	M. 81378,23
20018,-	50055,-	30007,-
8894,-	12328,-	3844,-
52046,25	74519,88	22478,63
14608,-	169288,-	28200,-
8000,-	13800,-	5800,-
6018,-	8913,-	8895,-
6016,25	23855,60	17839,35
M. 816932,80	M. 504839,51	M. 187987,21

Die preußischen Fabrikinspektoren über Bauarbeiterverhältnisse.

Die kürzlich für 1902 erschienenen Berichte der preußischen Fabrikinspektoren enthalten auch über das Baugewerbe mancherlei Angaben und Mitteilungen, indessen ist ein nur verhältnismäßig kleiner Teil desselben den Arbeiterschuldherrschen und der Gewerbeinspektion unterstellt. Nach der tabellarischen Übersicht unterstanden derselben:

	1902	1901
Betriebe.....	2193	2216
Arbeiter.....	54290	53625
Männliche.....	54026	53364
Weibliche.....	284	261
Erwachsene.....	50843	50868
Jugendliche.....	8447	8257

Es ist, wie aus den vorliegenden vergleichbaren Zahlen hergelebt, im Berichtsjahr die Zahl des Betriebes gegen 1901 um 23 zurückgegangen, dagegen die Zahl der Arbeiter um 665 gestiegen, und zwar fällt dieser Zuwachs fast ausschließlich auf die männlichen Arbeiter. Von den beiden Alterskategorien hat diejenige der Arbeiter im Alter von über 16 Jahren den absolut größeren Anteil, relativ viel stärker beteiligt. Wenn auch die Kleinheit der Zahlen keine weitgehenden Schlüsse geflässt, so befindet sich darin doch bis zu einem gewissen Grade die Tendenz, die steuernde Arbeitskraft des erwachsenen durch die billigere des jugendlichen Arbeiters zu ersetzen.

Die Mitteilungen über die Geschäftslage des Baugewerbes bieten entsprechend dem tatsächlichen Verhältnissen recht verschiedenartige Bilder. In den Bezirken Potsdam, Berlin und Cöln a. Rh. herrschte demnach eine sehr rege, in Frankfurt a. d. O., Breslau, Liegnitz, Oppeln, Erfurt und Arnswalde dagegen eine stark verminderte Bauaktivität. Von den befragten Bemerkungen seien zunächst diejenigen im Cölnner Bericht erwähnt, in dem ausgeführt wird, dass sich die rege private Bauaktivität im Berichtsjahr größtenteils auf die Herstellung von Wohnungen mit mehr als fünf Zimmern bezog, an denen besonders in höheren Preisschichten zur Zeit kein Mangel ist. Zur Vinderung der Wohnungsnot hat die Arbeitersiedlungsgenossenschaft Cöln-Stadt im Laufe des Jahres 17 weitere Wohnhäuser fertiggestellt, die sofort Mieter fanden. Die Stadtverwaltung hat im Laufe des Jahres 12 Arbeitersiedlungen für Angehörige der städtischen Straßenbahn in Riehl gebaut. 10 der Häuser enthalten je 6 Dreizimmerwohnungen und 2 je 8 Zweizimmerwohnungen. In der ersten Gruppe entfällt jedes Haus ein Kellergeschoss mit Waschküche und je einen Kellerraum für jede Wohnung und ein Dachgeschoss mit Trockenraum und zwei Manzardenräumen. Zu jeder der 6 Wohnungen gehören Vorraum, Stube, zwei Stuben, Speisekammer, Balkon, Kloset, Kellerraum, Wiederkunft von Waschküche und Trockenraum. In der zweiten Gruppe enthält jedes Haus ein Kellergeschoss mit Waschküche und je einen Kellerraum für jede Wohnung, drei Wohnungswohnungen mit je einer abgeschlossenen Wohnung, ein Dachgeschoss mit Trockenraum und ein Mansardenzimmer. Zu jeder der drei Wohnungen gehört Vorraum, Stube, Speisekammer, Kloset, Kellerraum, sowie eine zweite Nutzung von Waschküche und Trockenraum. Ein geräumiger Kinderpielplatz, Gartenanlagen und eine Brunnenanlage sind vorgesehen. Der Bericht enthält noch eine ganze Reihe weiterer Mitteilungen über die Bauaktivität von Genossenschaften und kapitalistischen Unternehmungen in verschiedenen Städten des Bezirks.

Im Bericht über Frankfurt a. d. O. wird konstatiert, dass der früher gönnebare Winter die Bauarbeiter schon lange vor der üblichen Zeit vertrieben hat. Von den 345 Arbeitern, denen von den Arbeitsnachweisen keine Arbeitsnachweise ausgestellt wurden, weil für sie keiner passende Stellen freit waren, noch Aussicht bestand, sie unterzubringen, waren die meisten durchaus Land- und Bauarbeiter. Ausgemittelt wurden 10 376 Nachweisscheine ausgestellt und 10 243 Stellen besetzt. Der Rückgang der Arbeiterzahl um 15 im Bezirk Breslau wird auf das Bauarbeitervermögen zurückgeführt, in dem 1550 Arbeiter weniger als 1901 beschäftigt waren. Im Oppelner Bericht wird der Rückgang der Unternehmerbedarfe auf den Amtsbericht der Gewerbe-Inspektionen von 1169 in 1901 auf 1019 in 1902 auf die starke Einschränkung der Bauaktivität zurückgeführt, da die Besprechung der Bauaufsicht eine Hauptgrund der Unternehmerbelange ist. Im Erfurter Bezirk waren es die Bauarbeiter, welche in der Hauptstadt von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden; indessen sei die Arbeitslosigkeit weiter in Erfurt noch in den übrigen Städten des Regierungsbezirks erheblich gewesen. Leider ist nicht gefagt, bei welcher Zahl für die Welt der Unternehmer die "Unerheblichkeit" der Arbeitslosennot aufhört und ihre "Erheblichkeit" beginnt. Im Danziger Bauarbeiter war ein starker Rückgang der Zahl der Arbeiter zu verzeichnen. In Magdeburg waren von den gesättigten 2750 Arbeitslosen 593 Angehörige der Baugewerbe und Bauarbeiter.

Leider die Dokumente der Bauarbeiter wird berichtet, dass sie im Cölnner Bericht infolge der regen Bauaktivität und der durch Streit errungenen Lohnsteigerung gute waren, aber es sind auch die Lebensmittel- und Wohnungsspreize gestiegen, wodurch die Lebenshaltung verteuert wurde. Im Bezirk Frankfurt a. d. O. haben die Bauarbeiter Löhne einen Rückgang bis zu 10 p. 100 erlitten, und sind in manchen Orten die in den letzten Jahren erreichten Lohn-

steigerungen wieder verloren gegangen. Aus den Bezirken Köln und Danzig wird von M. 5 jährigen in der Saisonzeit berichtet. So wurde in einem Cölnschen Bauunternehmen vom Bartier den Arbeitern voller Unterhalt, einschließlich großer Mengen von Schnaps, geliefert und sodann die Beiträge hierfür einfach vom Lohn abgezogen. Diese elende Ausbeutung des Arbeiters wurde auf Veranlassung des Aufsichtsbeamten verboten. Im Cölnner Bezirk kommt die gesetzwidrige Art der Lohnzabiegung im Baugewerbe noch immer häufig vor, und wurden in drei derartigen Fällen Strafen von je M. 3 verhängt. Donnerwetter, wenn das nicht hilft! M. 3 Strafe, wo das Viehstadt erkannt wird. Da kann man wirklich nur von Prämien und Erinnerungsblumen reden.

In den Bezirken Königsberg und Danzig ist mehrfach Bauunternehmungen Sonntagsarbeit getatzt worden. So wurde beim Bau der Süderstraße in Memel auch am Sonntag gearbeitet, weil dieselbe ohne Unterbrechung fertiggestellt werden musste. Auch zur Fertigstellung der Lieferungsarbeiten für fiktive Gebäude wurde Sonntagsarbeit betrieben, und damit vom Staat kein gutes Beispiel zur Beobachtung der Sonntagsruhe gegeben. Nach dem Danziger Bericht war es ein Baugeschäft im Thornener Bezirk, das ohne Sonntagsarbeit nicht glaubte auskommen zu können. Insgesamt erhielten 22 baugewerbliche Betriebe für 1915 Arbeiter 89 Bewilligungen zur Sonntagsarbeit bis 5, über 5 bis 8 und über 8 Stunden an 93 Sonn- und Feiertagen für insgesamt 789 092 Stunden, was 78 900 Arbeitstage zu je 10 Stunden gibt. Insgesamt waren in den betrreffenden Betrieben, welche ohne Sonntagsarbeit nicht existieren könnten, 8512 Arbeiter beschäftigt. Wie sehr die Behörden allen Wünschen der Unternehmer entsprochen, zeigt der Umstand, dass der 22 Befreiungen nur 3 Ablehnungen von Sonntagsarbeitsgenehmigung gegenüberstehen. So wird der gesetzliche Arbeiterschutz von den Verwaltungsbehörden zu einem erheblichen Teil illusorisch gemacht.

Sehr stark in Mitleidenschaft gezogen wurden, wie immer, die Bauarbeiter durch die Unfälle. Ein die Gefühle und die "väterliche Fürsorge" der Unternehmer für die Arbeiter überaus charakteristischer Fall wird vom Aufsichtsbeamten des Hilfsheimer Bezirks gemeldet: "Ein tödlicher Unfall kam anscheinend durch Überanstrengung des Arbeiters vor. Der Arbeiter hatte von 6 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Abends des nämlichen Tages einen erkrankten Kollegen bis 12 Uhr Nachts vertreten. Um 6 Uhr erschien er wieder, um bis 8 Uhr Koblenz vor die Kessel zu fahren, mächte dann eine halbstündige Pause und übernahm eine Reinigungsarbeit an einer Maschine. Hier wurde er plötzlich unwohl und fiel tot zu Boden. Der Arbeitgeber, welcher Vertrauensmann der Berufsgenossenschaft ist, hält es nicht für nötig, den Unfall durch Ausstellung einer Anzeige zur Kenntnis der Polizei zu bringen, weil er, sowie nach seiner Angabe auch der Sektionsvorstand der Berufsgenossenschaft, der Ansicht war, dass kein Betriebsunfall vorliege. Erst durch Anzeige des Chefrau des Verstorbenen kam die Sache zur Kenntnis des Gewerbe-Inspectors und zur Untertragung." Ob und was die Hinterläufer erhalten, wird nicht mitgeteilt. Im Potsdamer Bezirk waren von den 40 Unfällen mit tödlichem Ausgang 16 auf Wüstz, hauptsächlich im Baugewerbe, aufzuführen. Im Berliner Bericht heißt es: "Die Unfälle mit tödlichem Ausgang haben sich zwar von 51 auf 63 vermehrt, dies erklärt sich jedoch allein schon aus der erhöhten Bauaktivität des verflossenen Jahres, welche der Nordostdeutschen Baugewerbe-Berufsgenossenschaft eine Zunahme dieser Unfälle von 16 auf 27 gebracht hat. Diese wachsende orientalisch-fatalistische Ausflucht: starke Bauaktivität, viele Unfälle — macht sich in dem Bericht der Gewerbe-Inspektion doch recht seltsam. Rüchtiger wäre die Betonung der Notwendigkeit unzureichender Fürsorge und Kontrolle zur Verhinderung aller Unfälle. Im Hilfsheimer Bezirk wird die Zahl der bei Bauten schwer verletzten Personen als auffallend hoch bezeichnet, aber wie hoch diese Zahl ist, erfährt man nicht. Im Münsterer Bezirk entfielen von den 1347 Unfällen 353 auf Bauarbeiter; 8 derjenigen hatten tödlichen Ausgang. Durch Sturz wurden 3 Bauarbeiter im Bezirk Cöln getötet. 866 (1901: 898) von 6250 (6142) Unfällen im Bezirk Cöln entfallen auf die Baugewerbe; 9 (21) davon hatten tödlichen Ausgang. Von allen Gruppen heißt die: "Baugewerbe die größte Unfallzahl auf. Von den 2478 (8087 im Trixer Bezirk vorgenommenen) Unfällen verliefen 38 tödlich (1901: 7)." Die Vermehrung der Todesfälle ist auf Um- und Neubauten in den großen Städten, sowie auf das Baugewerbe zurückzuführen."

Zahlreiche Mitteilungen werden über Streitbedingungen der Bauarbeiter (Maurer, Hilfsarbeiter, Zimmerer, Steinarbeiter etc.) gemacht. Es werden Streits der Maurer und Hilfsarbeiter angeführt von Königsberg i. Pr., Gumbinnen, Potsdamer Bezirk, Berlin, Pommern, Breslau, Magdeburg, Merseburg, Kiel, Harburg, Bielefeld, Koblenz, Bremen, Düren und Bezirk Cöln. Die Ausprägung der Bauarbeiter in Hamburg z. wird in den Schleswiger und Lüneburger Berichten erwähnt. Die Stände sind durchweg kurz und objektiv, ohne subjektive Färbung, dargestellt. Nur im Koblenzer Bericht wird gelagert, dass es sich außer den vom Aufsichtsbeamten detailliert angeführten Forderungen der Maurer, auch darum handelt, die Stärke der Organisation gegenüber den Arbeitgebern zu erproben; was nicht ohne Einfühlung auf die absehbare Haltung der letzteren geliehen sei darf. Ganz gewiss haben die streitenden Maurer dem Aufsichtsbeamten gegenüber sich so wenig wie gegenüber anderen Leuten dargestellt, ausgesprochen, dass der keine Lohnanspruch eine "Machtprobe" sein soll. Diese alberne, demagogische, die öffentliche Meinung täusende Behauptung stellen immer nur die Unternehmer auf, um die Aufmerksamkeit von den rein sachlichen Streitpunkten abzuwenden und auf die "Machtprobe" hinzuulenken, dadurch die Sache der Arbeiter zu diskreditieren und das ganze Kampffeld zu verschaffen. Indem aber ein Aufsichtsbeamter die Falschminzerei von Unternehmern rächt, verliert er seine Objektivität, und beweist er dadurch auch, dass ihm das nötige Verständnis zur Wichtigkeit der Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital mangelt. Will man nun von Machtprobe reden, so ist sie immer auf Seite der Unternehmer vorhanden, die gar oft die Arbeiter wegranen der

bescheidenden Begehren in den Streit treiben, mit den ausgesprochenen oder unausgesprochenen Absicht, es darauf ankommen zu lassen, "wer es länger aushält". Diese wirkliche Sachlage sollte allmächtig auch den Baugewerbspolitikern sein Geheimnis meiste sein.

Die fast 700 Seiten umfassenden Berichte sind sehr reichhaltig und wird noch auf die eine und andere Partie zurückzulommen sein.

Aus anderen Berufen.

* Der deutsche Holzarbeiterverband konnte am 1. Juli auf sein sechzehntes Bestehen zurückblicken. Der Verband begann seine Tätigkeit mit 22 745 Mitgliedern, wobei von 10 400 dem früheren Fischerverband entstammten; gegenwärtig zählt er 77 000 Mitglieder. Seit dem Jahre 1895 hat der Verband nach Ausweis seiner Statistik 731 Lohnänderungen geführt. Mehr als die Hälfte der Kämpe waren Abwehrstreiks. Insgesamt waren mehr als 150 000 Mitglieder an dem Streit beteiligt. Etwa 75 000 der Beteiligten erlangten durch die Streiks eine Verkürzung der Arbeitszeit von durchschnittlich 3½ Stunden wöchentlich, und für 52 000 Beteiligte wurde eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 10 p. 100 erlangt. Die Unterstüzung des Streiks in den zehn Jahren erforderte annähernd M. 2 200 000. Außer dem Kampf für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse leistet sich der Verband auch die Pflege des Unterstüzungswesens angelegen sein. Für diesen Zweck wurden während des verflossenen Jahrzehnts ausgegeben:

Reiseunterstützung	M. 810219,87
Gesamtgrenzenunterstützung	84749,67
Notsamtgrenzenunterstützung	64882,20
für Medizinschule	54926,68
Umgangskosten	50420,31

Für die Agitation — einschließlich der Kosten der "Holzarbeiter-Zeitung" — gab der Verband M. 742 787,99 aus. Die Gesamtausgabe des Verbandes während der zehn Jahre beträgt rund M. 5 500 000, die Gesamtausgabe rund M. 4 500 000, so dass der Verband zur Zeit über ein Vermögen von rund einem Million Mark verfügt.

* Verband der Glasarbeiter: Sechste Generalversammlung in Dresden vom 30. Mai bis zum 3. Juni. Der Verband zählt gegenwärtig circa 5500 Mitglieder gegen 3462 im ersten Quartal 1901. Nach dem erfolglosen Generalstreik im Sommer 1901 ging die Mitgliederzahl rasch zurück. Nach dem Jahresbericht hatte der Verband in den beiden Jahren 1901 und 1902 eine Gesamtausgabe von M. 193 417,55. Größeres Ausgabenfond sind: M. 47 040,50 für Arbeitslosenunterstützung, M. 31 538 für Fachpreise, M. 16 287,84 für Beratung, M. 7355,22 für Agitation, M. 4770,88 für Rechtsforschung, M. 67 202,12 für Streiks. Die Beiträge wurden von der Generalversammlung mehrfach erhöht und wie folgt festgesetzt: Bei einem Jahresdienst von M. 500 wöchentlich 20 p. bei M. 700: 30 p. bei M. 1000: 40 p., und bei einem Dienst von über M. 1000 beträgt der Beitrag 50 p. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt sich zwischen M. 0,60 und M. 2 pro Tag, je nach der Höhe des Beitrages und der Dauer der Mitgliedschaft. Die Streitunterstützung soll wie folgt bemessen werden:

In der 20 p.-Beitragsklasse: Ledige M. 8, Verheiratete M. 9
" 30 " "
" 40 " "
" 50 " "
10, " 11, " 12, " 13, " 14,

Neben den organisatorischen Fragen beschäftigte die Generalversammlung sich mit den schweren Misständen, die durch das Lehrlingszubinden in der Glasindustrie entstanden sind. Folgende Resolution wurde einstimmig beschlossen:

Da die bestehende Lehrlingsausbildung schwere Radikale für alle in der Glasindustrie beschäftigten Arbeiter hat, befürchtet die 6. ordentliche Generalversammlung in Dresden: Die Einführung der Lehrlinge darf nur nach dem vollendeten 14. Lebensjahr beginnen und muss im proportionalen Verhältnis der in der Fabrik beschäftigten Arbeiter sich bewegen. Es ist Pflicht der Kollegen, auf eine sachgemäße Ausbildung der Lehrlinge das größte Gewicht zu legen und dieselben vor jeder Ausbildung an sich zu führen. Aus diesem Grunde fordert die Generalversammlung, dass die tägliche Arbeits- und Lehrzeit eine streng begrenzte ist und die Bezahlung des Lehrlings unbedingt durch den Unternehmer zu erfolgen hat.

Die Generalversammlung verurteilt jede Entlohnung des Lehrlings durch eine Zwischenpersönlichkeit auf das Entschiedenste. Es ist durch eine solche Entlohnung der Ausbildung des Lehrlings für und vor geöffnet und kann von einer geregelten Ausbildung keine Rede sein. Gerade durch die Entlohnung durch eine Zwischenpersönlichkeit hat sich ein flüssig wird zu nennendes Lohnministerium herausgebildet, welches sich zum Schaden aller in der Industrie beschäftigten Arbeiter bis auf den heutigen Tag erhalten hat. — Wir fordern also: 1. die Einführung des Lehrlings darf erst nach vollendetem 14. Lebensjahr geschehen; 2. die Zahl der Lehrlinge muss im proportionalen Verhältnis zu den Gehilfen stehen; 3. die tägliche Arbeits- und Lehrzeit muss eine streng begrenzte sein; 4. die Entlohnung des Lehrlings muss durch den Unternehmer geleistet werden.

Die Generalversammlung macht es den Kollegen zur Pflicht, für die Ausführung dieses Beschlusses einzutreten, damit eine geregelte Ausbildung der Lehrlinge zum Wohl aller in der Industrie tätigen Personen erreicht wird.

Eingegangene Schriften.

* Neue Zeit (Stuttgart, Dietz' Verlag) 40. Heft des 21. Jahrgangs. Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 p.

* Dokumente des Sozialismus herausgegeben von Eb. Bernstein (Stuttgart, Dietz' Verlag) Heft 7 des 8. Bandes. Die "Dokumente des Sozialismus" erscheinen monatlich einmal und sind durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 p.

